



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1914

12 (8.1.1914) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-163060](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-163060)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Bringerlohn 30 Pfg. durch die Post inkl. Postausschlag Mk. 3 42 pro Quartal Einzel-Nr. 5 Pfg.

Inserate: Kolonial-Zeile 30 Pfg. Reklame-Zeile 1.20 Mk.

General-Anzeiger



der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegraphen-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“

Telephon-Nummern: Direktion und Buchhaltung 1449 Buchdruck-Abteilung. 341 Redaktion 377 Exped. u. Verlagsbuchhdlg. 218

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin
Schluß der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 5 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Technische Rundschau; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Winterport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 12.

Mannheim, Donnerstag, 8. Januar 1914.

(Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfaßt 10 Seiten.

Die Entwicklung auf dem Balkan. Die albanische Konfusion.

Es ist schon einige Wochen her, daß die Nachricht auftauchte, Prinz von Wied sei an der italienischen Südküste angekommen und im Begriffe, sich nach Albanien einzuschiffen. Diese Nachricht wurde bald demontiert. Tatsächlich befand sich der Prinz zu jener Zeit noch in Potsdam, er befindet sich auch jetzt noch dort, und wenn die albanischen Verhältnisse fortschreiten, sich zu entwickeln, statt sich zu entwickeln, dürfte es wohl zweifelhaft werden, ob der Prinz sich auf das bedenkliche Abenteuer einlassen wird.

Sowohl die Griechen wie die Mohammedaner machen dem durch den Willen der europäischen Großmächte zum Fürsten von Albanien ernannten Prinzen von Wied schon die größten Schwierigkeiten, noch ehe er überhaupt den Thron bestiegen hat. In den letzten Tagen ist das Gerücht aufgetaucht, der selben von seinem Onkel als türkischer Kriegsminister zurückgetretene Iszet Pascha sei von einer Deputation albanischer Mohammedaner aufgefordert worden, die Fürstentümer des neuen Staates zu übernehmen. Es hieß sogar, ihm sei zugesagt worden, daß das Land 10 Jahre hindurch unter österreichisch-italienischer Schutzherrschaft verbleiben würde. Diese Behauptung ist allerdings sehr rasch demontiert worden und sie war ja auch von vornherein so unwahrscheinlich wie nur möglich, denn gerade Italien und Oesterreich haben sich schon vor Monaten für die Kandidatur des Prinzen von Wied entschieden. Iszet Pascha würde sich also nicht auf eine europäische Großmacht stützen können, sondern nur auf die albanischen Mohammedaner, vielleicht sogar nur auf einige besonders schreiende Stämme unter den Mohammedanern Albanien. Auch dies aber wäre schon bedenklich genug, denn darin läge der Keim zu künftigen Bürgerkriegen und religiösen Kämpfen. Daß bei den Mohammedanern Albanien eigenartige Unterdrückungen bestehen, zeigte sich schon im letzten Frühjahr, als Esad Pascha einige Wochen hindurch eine sehr zweifelhafte Rolle spielte.

Zu den Schwierigkeiten, die dem Prinzen gegebenenfalls von mohammedanischer Seite gemacht werden, kommt nun noch der sehr viel

ernstere Widerstand, den die Griechen in ihrem durch die Erfolge der beiden Balkankriege so gesteigerten Ehrgeiz seiner Thronbesteigung entgegenzusetzen. Seit vielen Wochen schon jüden wohlbewaffnete Scharen griechischer Freiwilliger nach Südbalkanien, um dort sogenannte „heilige Bataillone“ zu bilden. Diese Freischützer, die von aus der griechischen Armee ausgeschiedenen Offizieren befehligt werden, wollen mit dem offenen Kampfe beginnen, sobald Griechenland dem Willen der Großmächte entsprechend die noch von griechischen Truppen besetzten südbalkanischen Garnisonen räumt, also in etwa 14 Tagen. Es würden also dann an die Stelle der abziehenden regulären griechischen Truppen irreguläre Bataillone treten, die um vieles gefährlicher wären, da sie die Konventionen des griechischen Königs nicht anerkennen, sondern lediglich nach ihren Auffassungen von griechischem Patriotismus handeln würden. Auf den König von Griechenland können die Großmächte Zwangsmittel der verschiedensten Art, beispielsweise finanzielle, anwenden, den Freischaren gegenüber haben sie kein anderes Machtmittel, als deren Waffen mit den Waffen europäischer Landungstruppen zu begegnen.

Ob dazu aber die Großmächte einmütigen Willens bereit sein werden, das ist eben die Frage. Die Mächte des Dreiverbandes haben sich für die Bildung des selbständigen Fürstentums Albanien, die eine Forderung Oesterreichs und Italiens war, niemals sehr begeistert, sondern sich zum Teil nur sehr widerwillig den Drängen der beiden Aleria-Großmächte gefügt. Frankreich insbesondere befolgt seit dem Balkankriege grundsätzlich eine Politik, die darauf hinausläuft, Italiens Einfluß zu schwächen und Griechenlands Macht zu stärken. Deshalb erscheint es recht zweifelhaft, ob die Mächte des Dreiverbandes den Thron des Prinzen von Wied mit ihren Votanten zu stützen bereit sein werden. Sie werden sich möglicherweise dahinter zurückziehen, daß sie zwar der Bildung eines Fürstentums Albanien zugestimmt hätten, aber nur unter der Voraussetzung der Einmütigkeit des albanischen Volkes; wenn aber die mohammedanische Bevölkerung Albanien und die griechenfreundlichen Distrikte im Süden des Landes von der Herrschaft eines fremden Fürsten nichts wissen wollen, so hätten sie keine Lust, dem Volke den Fürsten aufzubringen. Was nun Oesterreich-Ungarn und Italien anbetrifft, so sind diese ja bei der albanischen Frage besonders interessiert, aber einmal ist es nicht ganz sicher, ob der Dreiverband ihnen ein Mandat zur gemeinsamen Festlegung der Ordnung übertragen wird und zweitens wird es ihnen auch kein

großes Vergnügen bereiten, sich in Kämpfe einzulassen, die recht schwer sein könnten, da die Zahl der griechischen Freiwilligen auf Zehntausende geschätzt wird.

So schwach trotz aller Beschlüsse der Großmächte der albanische Fürstenthron noch immer in der Luft. Der Prinz von Wied wird jedenfalls gut daran tun, nicht nach Albanien abzureisen, ehe die Verhältnisse vollkommen geklärt sind und sein Thron durch die faktische Unterstützung der Großmächte gesichert ist. Denn es kann einem deutschen Prinzen und Offizier nicht erwünscht sein, unter Umständen wenige Wochen nach der Ankunft als Flüchtling das Land wieder verlassen zu müssen.

Größe und Einwohnerzahl der am Balkankriege beteiligten Staaten.

Die Deutsche Orient-Korrespondenz schreibt: Während man bisher in Bezug auf die neuen Größenverhältnisse der Balkanstaaten im wesentlichen auf Schätzungen angewiesen war, liegen jetzt amtliche Feststellungen vor, die auf zuverlässigste Anspruch machen dürfen. Bulgarien hatte vor dem Kriege einen Flächeninhalt von 96 345 Qkm, mit 4,3 Millionen Einwohner. Seine Größe ist jetzt auf rund 120 000 Qkm, und seine Einwohnerzahl auf 5 Millionen angewachsen. Der Gebietszuwachs beträgt also trotz des ungünstigen Ausgangs des zweiten Balkankrieges immerhin noch ein Viertel des früheren Besitzes. Rumänien verfügte heute über ein Gebiet von rund 139 000 Qkm, das bedeutet einen Zuwachs von 7660 Qkm; die Bevölkerung ist um etwa 1/4 Million auf 7 1/2 Millionen angewachsen. Serbien hat seinen Flächeninhalt nahezu verdoppelt, es wuchs von 48 303 Qkm auf 90 000 Qkm, und seine Einwohnerzahl stieg von fast 3 Millionen auf 4,1 Millionen. Ähnlich günstig stellt sich der Zuwachs für Griechenland. Sein Gebiet betrug vor dem Kriege 634 657 Qkm, mit 2,6 Millionen Einwohner; vorbehaltlich der endgültigen Grenzfestsetzung ist es nunmehr auf etwa 108 000 Qkm, mit 4,2 Millionen Einwohner angewachsen. Montenegro, der kleinste unter den beteiligten Staaten, hatte vor dem Kriege 9080 Qkm und etwas mehr als 1/2 Million Einwohner. Sein Gebiet umfaßt heute 16 000 Qkm, und seine Einwohnerzahl hat 1/2 Million erreicht. Die siegreichen Verbündeten Griechenland, Serbien und Montenegro sind also aus den Kriegen gegen die Türkei und Bulgarien nahezu mit dem verhältnismäßig gleichen Gebietszuwachs hervorgegangen. Daneben ist als neuer Staat Albanien entstanden, dem ein Gebiet von 32 000 Qkm zugesprochen

wurde, das von etwa 850 000 Einwohnern bewohnt wird.

Konstantinopel, 7. Jan. Die Pensionierung von 280 Offizieren vom Divisionsgeneral bis zum Oberleutnant wird als Beweis des starken Gefühls der Verantwortlichkeit und des hohen persönlichen Wertes Enver Paschas beurteilt. Man begreift, daß Iszet Pascha solche Maßregeln nicht durchführen wollte, deren Urheber sich auf Achille vorbereiten muß. Besonders bemerkt wird die Pensionierung des Generalstabchefs Hadi, dessen Entfernung mehrfach auf politische Beweggründe zurückgeführt wird.

Der Kronprinz.

Berlin, 7. Januar. (Von einem Berliner Mitarbeiter.)

Es gibt Mütter, die noch heute abend ein Dementi in der (so muß man es ja leider wohl ausdrücken) neuesten Kronprinzen-Affäre verlangen und die sich anstellen, als ob sie wirklich erwarteten. Dieses Dementi wird nicht erfolgen, weil es nicht erfolgen kann. Wir müssen uns damit abfinden: der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen hat in dem Saberner Fall Partei ergriffen. Der bisher überlieferte Wortlaut der Telegramme ist Apokryph; getwöhnt. Aber der Kronprinz hat an den Obersten von Reuters telegraphiert und er wird wohl auch (sobiel wird aus dem Hin- und Hergerede immerhin deutlich) Herrn v. Deimling in legendärer Form beglückwünscht haben.

Wir neigen an sich nicht dazu, die Kundgebungen von Kronprinzen allzu tragisch zu nehmen. Anders gibt in der Regel der Einzelne sich als Thronerbe, anders, wenn ihn mit der Krone die Last der Verantwortung drückt. Und um vom Allgemeinen auf das Besondere zu kommen: Kronprinz Wilhelm ist noch jung. Er ist mit seinen 32 Jahren zwar nicht eigentlich mehr der Jüngling im ledigen Haar, aber doch noch im bildungsfähigen Alter. Charakter und Weltbild pflegen bei keinem von uns schon zu Anfang der Dreißig endgültig sich gerundet zu haben. Trotzdem bleibt ein derartiges Eingreifen natürlich in keinem Fall zu wünschen. Das ungeschickte Geseh, das von dem Träger der Krone Zurückhaltung verlangt, weil, je höher einer steht, er umso mehr zu Rücksicht und Beispiel verpflichtet ist, gilt zum mindesten genau so von ihrem zukünftigen Erben. Würde selbst dann zu gelten haben, wenn das Deutsche Reich nicht ein Bundesstaat wäre und die Beziehungen der ein-

Feuilleton

Der Odenwald in der Literatur.

2. Die wissenschaftliche Literatur. Von Hans Otto Becker.

Im folgenden soll die Odenwaldliteratur auf dem Gebiet der Geschichte, einschließlich der Kultur- und Kunstgeschichte, der Landes- und Volkskunde, der Geographie und Biologie zusammengefasst werden, um den Freunden unseres schönen heimatischen Gebirges, die Sommer- und Winter seine Täler und Höhen, seine Burgen und Städte besuchen, einen Hinweis zu geben, wo das Material zu finden ist, das einem Gelegenheit gibt, sich über die verschiedensten Fragen, die einem bei dem Besuch einer Landschaft aufzudecken, zu unterrichten. Wir werden hierbei sowohl Bücher, die den Odenwald als Ganzes, wie Werke, die einzelne Orte des Gebirges behandeln, ins Auge fassen; von den großen Städten an seinen Grenzen soll aber Abstand genommen werden.

Ein Prachtwerk ist „Der Odenwald in Wort und Bild“, von Th. Lorenzen, dem früheren Professor an der Heidelberger Oberrealschule (Verlag von J. Nebe, Stuttgart, Preis 28 Mark). Der Verlag Emil Roth, Sie-

ben, hat zwei schöne Odenwaldbücher herausgegeben: „Der Odenwald und seine Nachbargebiete“, eine Landes- und Volkskunde. Unter Mitwirkung vieler Landeskenner herausgegeben von Georg Volk. Das umfangreiche Buch (über 400 Seiten stark) behandelt in zahlreichen, von kompetenten Autoren stammenden, Aufsätzen: die natürliche Beschaffenheit des Landes (Landschaft, Boden, Tierleben, Pflanzenleben, klimatische Verhältnisse, die Bewohner (Wohnverhältnisse, Volksleben, Bevölkerungsdichte u. konfessionelle Verhältnisse, Sagen, Mundart, Beziehungen zum arischen Leben der Nation), die Geschichte des Landes und seiner Bewohner (Geschichte, Kunstgeschichtliches), die Gewerbeverhältnisse (Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe und Handel, Steinindustrie). Dieser reiche Inhalt wird durch zahlreiche Illustrationen und eine geologische und topographische Uebersichtskarte noch in seinem Wert gesteigert. — Wanderstage im Odenwald. Ein Odenwaldführer für Freunde des Gebirges von Albert Klein-schmidt, Groß. Kreisarchivar. Das Buch berührt sämtliche Stätten des Gebirges und der beiden großen Klüfte, die geschichtlich oder landschaftlich von Interesse sind, und wird wie das vorhergenannte durch 50 Bilder noch Originalanschauen unterfüttert.

Eine Külle wertvollen Materials in der bei einem Reisehandbuch gebotenen Kürze enthält übrigens unser „Odenwaldführer“ von Lindhau, jetzt bearbeitet von Professor Dr.

Antes, vom Odenwaldklub herausgegeben. Die anderen Führer (von Wörl, Grieben etc.) reichen an wissenschaftlichem Wert an unseren einheimischen nicht heran.

Ein „Geologischer Führer durch den Odenwald“ stammt von Prof. Dr. E. Cseh-lus, der den komplizierten geologischen Verhältnissen unseres Gebirges gerecht wird; den Wanderer muß es in besonderem Maße interessieren, zu wissen, auf welches Gestein er den gemagelten Schuh legt; 9 Abbildungen und eine farbige Karte erleichtern das Verständnis. (Verlag Emil Roth, Sieben.)

„Das Bauernhaus des Odenwaldes“ bespricht Prof. A. Henkelmann, Oberlehrer am Groß-Gymnasium in Bensheim. (Verlag von Jehler und Vogel, Darmstadt.) Mit 20 Hausabbildungen, zahlreichen Grundrissen und Einzelheiten. Auch dieses Werk ist für den Wanderer von Wert; es zeigt ihm die beiden Typen des Odenwaldhauses, das alemannische Haus des ärmeren Gebirgs und das fränkische Haus der reichen Täler. Die Lichtdrucke sind von ganz besonderer Schönheit.

Eine Anzahl geschichtlicher Werke Prof. Dr. Wilhelm Diehl's, Kirchberg, unterrichten uns über die Schicksale einzelner Gebiete des Odenwaldes. Unter den „Bildern aus der heiligen Vergangenheit“ (Heiliche Volksbücher) behandelt die 1. Reihe „Der vordere Odenwald in der Zeit vor und in dem dreißigjährigen Krieg.“ Weitere Bändchen

der „Heilichen Volksbücher“, „Landgraf Georg der Zweite“, ein Lebensbild aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges, und „Silber aus der heiligen Vergangenheit“, 2. Reihe: „Aus der Zeit des Landgrafen Ernst Ludwig“ neben und Kunde über manche Odenwaldorte im 18. Jahrhundert und Ludwig Volcos Beschreibung einer Schillerwanderung im Jahre 1813“ (Hrsg. von u. a. auch in die Verstrahlung von Darmstadt bei Heidelberg. Weiter geben uns wertvolle geschichtliche Aufschlüsse Diehl's „Die Reichenbacher Chronik des Herrern M. Martin Woltter 1599—1630“, „Die Schulgründungen und Schulmeister der Obergrafschaft Oberrheinbogen in den Zeiten von der Reformation bis zum Jahre 1635“, und „Der Untergang der alten reformierten Gemeinden im Pfälzer Amt Starckenburg an der Bergstraße 1623—1650; in dem Buch „Bilder aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges“ endlich findet sich die überaus anschauliche Chronik des Herrern M. Johann Daniel Wind“ über den dreißigjährigen Krieg aus dem Quartier von Groß-Hieberau abgedruckt.

Hirschhorn, die malerische, alte Stadt am Neckar, beschreibt das Buch „Aus Hirschhorn's Geschichte“ von R. R. Kiffner. Die Kunstgeschichte des Odenwaldes findet in den „Kunstdenkmälern im Großher-

selben Geistes in ihm freundlicher, die Verbindnisse innerhalb der Regierungssphäre klarer und übersichtlicher als sie augenblicklich leider Gottes sind. Es ist in keinem Belang zu wünschen, daß in einer Frage, die in für und Wider die Gemüter weithin aufs tiefste erregt, der Kronprinz demonstrativ auf die eine Seite sich schlägt. Ist schon um deswillen nicht zu wünschen, weil aus dem Kronprinzen eines Tages der Kaiser und König wird und es ihm dann selber, seinem Ansehen, seiner Popularität, seinen Wirkungsmöglichkeiten schaden muß, wenn eine Partei auf ihn Beschlag legen und ihn für sich reklamieren darf.

Dazu gesellen sich diesmal noch ein paar Momente, die den Fall besonders erschweren. Man erzählt sich in unterrichteten Kreisen, daß für den Kronprinzen der Handel mit dem Devisenwechsel noch nicht abgetan sei; daß er vielmehr fortjährt, in der Angelegenheit ein (nennen wir's einmal so) sehr tatkräftiges Interesse zu bezeugen. Nehmen wir hinzu, daß bei dem Kaiser die schon mehrfach erwähnten und beklagte Reaktion sich zurückziehen, die Dinge nach Möglichkeit von sich abzuschließen, natürlich möchte (auf diese Sache vor neuen Menschen wird vielfach auch sein Fernbleiben von der morgigen Eröffnungsfest im Weißen Saal zurückgeführt), so haben wir die Unterlagen für eine in mehr als einer Hinsicht bedenkliche und unersüßliche Situation. Wie sie weiter sich entwickeln wird, ist selbstverständlich noch nicht zu sagen. Die Dinge sind eben noch im Fluß, vornehmlich der Ausgang des Verfahrens vor dem Straßburger Kriegsgericht wird auf ihre schließliche Abhaltung von wesentlicher Bedeutung sein. Aber schon heute ist nicht zu verkennen (und wird von kundigen und ernsthaften Beobachtern auch nicht verkannt), daß dunkles Gewölke am Horizont heraufzieht und daß die Zukunft unsicher ist, als eine harmlose Lokalangelegenheit begann und dann zu einer erschütternden Frage sich auswuchs, die Elemente in sich birgt, eine große, gesamtdeutsche Sorge zu werden.

Politische Uebersicht.

Rheinheim, den 8. Januar 1914.

Industrie, Handel und Reichstag.

Die Frage einer besseren Regelung der Beziehungen von Industrie und Handel zu den Parlamenten, insbesondere dem Reichstage, ist in neuerer Zeit mehrfach von Handelsvertretern zum Gegenstand eingehender Ermahnungen gemacht worden. Vor allem hat die Handelskammer zu Düsseldorf eine größere Denkschrift über den Gegenstand veröffentlicht, mit der sich der Deutsche Handelsstag vor kurzem beschäftigt hat; auch der Hansabund hat Anregungen noch dieser Richtung gegeben.

Kun erregt ein bedeutender und einflussreicher Parlamentarier das Wort zu diesem Thema. In der letzten herausgekommenen Nummer 1 des 10. Jahrganges der Deutschen Wirtschafts-Zeitung (Verlag: Quelle u. Meyer, Leipzig) unterzieht der Abg. Wasser mann die verschiedenen Vorschläge einer Prüfung und gelangt selbst zur Aufstellung neuer Forderungen. Wir haben ihrer schon gestern im Leitartikel Erwähnung getan, kommen aber heute nochmals ausführlicher auf sie zurück.

Empathisch ist schon der Gedanke der Schaffung einer Zentralorganisation von Gewerbe und Handel, die bei einschlägigen Gesetzentwürfen und Petitionen als eine Vorprüfungsinstanz zu fungieren hätte; der „Wirtschaftliche Ausschuss“ ließe sich vielleicht dazu ausbauen.

Ferner wird erwogen werden müssen, ob nicht eine ständige Kommission für den

Handel und die Gewerbe zu bilden ist, in welche die Fraktionen ihre aus den gewerbetreibenden Ständen entstammenden Mitglieder entsenden können. Es wird für die Bearbeitung solcher Gesetze eine stärkere Kontinuität und Homogenität erzielt werden, wenn die Abgeordneten, welche in diesen Materien zu Hause sind, als ständige Mitglieder dieser Handels- und Gewerbekommission tätig sind, während, wenn für jedes gewerbepolitische Gesetz eine besondere Kommission gebildet wird, immer wieder neue Abgeordnete an die Reihe kommen, da aus naheliegenden Gründen die Fraktionen dem Tätigkeitsdrange möglichst vieler ihrer Mitglieder gerecht werden müssen.

Eine weitere organische Einrichtung wäre die Bildung von handels- und gewerbepolitischen Ausschüssen bei den großen Fraktionen, denen auch das ganze Gebiet der Sozialpolitik überwiesen werden könnte.

Sehr wichtig für eine engere Fühlungnahme der gewerblich Interessentenkreise mit dem parlamentarischen Leben erscheint Bassermann mit Recht eine gute und zuverlässige Berichterstattung über die Arbeiten des Reichstags. Er denkt hier an reichstagsamtliche Zeitungsberichte nicht nur über die Verhandlungen im Plenum, sondern auch über die Beschlüsse der Kommissionen.

Die größte Bedeutung hat natürlich die persönliche Seite der Frage. Tüchtige, hervorragende, angelegene und arbeitsfreudige Industrielle, Kaufleute und Gewerbetreibende, welche mitten im Berufsleben stehen, werden dem Reichstag ihre Signatur anprägen.

Freilich die Kapitäne der Industrie, die mitten in dem großen Leben der Industrie stehen, werden wir nicht gewinnen; jüngere Kräfte, die einen Teil ihrer Lebensarbeit in der Politik suchen müssen, werden als Kandidaten und Abgeordnete gewonnen werden müssen.

Wasser mann schließt seine interessanten Ausführungen mit dem bemerkenswerten Zusatz, daß die bürgerlichen Fraktionen des Reichstags jedenfalls noch in diesem Winter Gelegenheit haben würden, sich eingehend mit diesen Fragen und Vorschlägen zu beschäftigen.

Deutsches Reich.

Berlegung von Orten in die höhere Verwaltungsstufe. Dem Bundesrat wird, wie die „Deutsche Parlaments-Korr.“ erzählt, in nächster Zeit eine Vorlage über die Berlegung einer Reihe von Orten in eine höhere Ortsklasse zugehen. Nach dem Befolgungsgesetz soll die nächste allgemeine Revision des Ortsklassenverzeichnisses im Jahre 1918 erfolgen. Inzwischen ist aber der Bundesrat ermächtigt, in besonderen Ausnahmefällen die Einreihung einzelner Orte oder Ortsteile in höhere Ortsklassen vorzunehmen.

Badische Politik.

Zum Tode des Oberbürgermeisters Dr. Wildens. N. Heidelberg, 8. Jan.

Die allgemeine Liebe und Verehrung, die der verehrte Oberbürgermeister Dr. Wildens in weiten Kreisen der Stadt und des Landes genossen hat, kommt zum Ausdruck in den zahllosen Beileidskundgebungen, die anlässlich seines Ablebens der Witwe zugehen. Mehr als 1000 Telegramme und Schreiben sind eingelaufen und hunderte von herrlichen Kranzen.

Die morgen vormittag 11 Uhr stattfindende Beisetzung wird sich zu einer imposanten Trauerfeier gestalten. Zahlreiche Reden und Kranzniederlegungen sind angemeldet; es werden sprechen Vertreter der Ersten und Zweiten Kammer, des Kreises, des Militärs, der Universität, des Kreisamtschiffes, der Beamtenschaft, der Nationalliberalen Partei Deutschlands, Badens und Heidelbergs und viele andere. Den musikalischen Teil der Feier wird das städtische Orchester, der Liederkreis und der Heidelberger Sängerverband ausführen.

Da der Raum in der Reichenhalle sehr beschränkt ist, so werden dort (in die Seite) nur das städtische Kollegium, der Liederkreis und die Beamtenschaft Platz finden; die rechte Seite der Halle ist für die Angehörigen, die auswärtigen Gäste und die Kranzniederleger reserviert. Die Ehrenwache am Sarg wird von 8 städtischen Baldhäutern gestellt. Alle Kranzniederlegungen und Ansprachen finden in der Halle statt. Die Vereine werden Spalier bilden. Bei der Ankunft des Sarges beim Krematorium wird der Heidelberger Sängerverband einen Choral vortragen.

N. Heidelberg, 8. Jan. Als Vertreter der Stadt in die Kreisversammlung wurden gestern abend gewählt Bürgermeister Wieland und die Stadträte Köster, Fischer, Kaufmann.

Bayerische und pfälzische Politik.

Das Ende des bayerischen Blads.

München, 8. Jan.

(Von unserem Korrespondenten.)

Der nationalliberale Kreis-ausschuß für Mittelfranken, die größte nationalliberale Organisation Bayerns, hielt am 4. Januar in Nürnberg eine Tagung ab, auf der eine Resolution des Inhaltes einstimmig angenommen wurde:

Der nationalliberale mittelfränkische Kreis-ausschuß richtet an die nationalliberale Landespartei in Bayern rechts v. Rh. das dringende Ersuchen, ihre Stellungnahme so einzurichten, daß für die nächsten Landtagswahlen die Nationalliberale Partei nicht mehr in eine Kampffront mit der Sozialdemokratie gestellt wird.

Dieser Beschluß ist für die bayerischen politischen Verhältnisse um so bedeutungsvoller, als in der mittelfränkischen Organisation die führenden Männer der nationalliberalen Partei Bayerns sitzen. Es ist auch kaum ein Zweifel, daß diese Resolution von der Tagung der Partei, die am 21. und 22. März in München stattfindet wird, mit Mehrheit akzeptiert wird. Tatsächlich sind in mehreren fränkischen Wahlkreisen die Verhältnisse so, daß ein Wahlkompromiß mit der Sozialdemokratie nicht mehr zustande kommen kann, da diese damit rechnet, mehrere Wahlkreise dort für sich zu erobern. Die Nationalliberalen werden jedenfalls dann zu dem früher viele Jahre behaupteten Absoluten mit den Konservativen zurückgehen. In den hier in Frage kommenden Wahlkreisen gehört der zweimalige von Bayern, wo der liberale Führer Dr. Casselmann gewählt ist. Der Beschluß der nationalliberalen Mittelfrankens wird, wenn er zum Parteitagbeschuß erhoben wird, zweifellos auch einen Miß in die liberale Arbeitgemeinschaft bringen, in der es ohnehin seit den Vorgängen bei der Jubiläumserhöhung und den damaligen Meinungsverschiedenheiten ganz bedeutend kühlt.

Die Eröffnung des preussischen Landtags. Die Thronrede.

W. Berlin, 8. Jan.

Ministerpräsident von Bethmann Hollweg verlas folgende Thronrede:

Von seiner Majestät dem Kaiser und König zu neuer Tagung entboten, treten heute die beiden Häuser des Landtages zusammen, um gemeinsam mit der Staatsregierung für das Wohl des Landes zu arbeiten. Die Staatsfinanzen befinden sich auf dem Wege völliger Gesundung. Das Etatsjahr 1913 ergab einen Ueberschuß von 20 Millionen, zu dem noch

eine Rücklage von 173 Millionen für den Ausgleichsfonds der Eisenbahnerverwaltung hinzutritt. Der Staatshaushalt für das laufende Jahr, in dessen Voranschlag zum ersten Male wieder die Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht standen, läßt gleichfalls befriedigende Ergebnisse erwarten. Weiterdings wurde zwar, dem Gange des Wirtschaftslebens folgend, ein Nachlassen in der Entwicklung der Staatsverträge bemerkbar. Der Haushalt ist aber derart gekräftigt, daß auch im Voranschlag für 1914 die Ausgaben in den Einnahmen volle Deckung finden und für den Eisenbahnausgleichsfonds noch eine angemessene Rücklage vorgesehen werden kann. Dabei ist der Fonds für außerordentliche Ausgaben so reichlich ausgestattet, daß eine erwünschte Stärkung des Industriemarktes und des Arbeitsmarktes durch Staatsaufträge ermöglicht ist.

Dem Vorgehen des Reiches entsprechend, konnten entsprechende Mittel für die Verbesserung der Besoldung einzelner Beamtengruppen bereit gestellt werden. Es wird Ihnen deshalb ein Gesetzentwurf zugehen, der für den geringeren besoldeten Teil der unteren Beamten sowie für die Assistenten und die mit dieser Besoldungskategorie zusammenhängenden Beamtengruppen Gehaltserhöhungen vorsieht. Für die Erweiterung und bessere Ausrüstung des Staatseisenbahnetzes, sowie für den Bau von Kleinbahnen wird Ihnen auch diesmal eine umfangreiche Vorlage unterbreitet. Durch den Ihnen zugehenden Entwurf eines Wohnungsgesetzes sollen die gesetzlichen Grundlagen für eine nachhaltige Verbesserung des Wohnungswesens geschaffen werden. Die Jugendpflege hat sich auch in diesem Jahre erfreulich entwickelt. In ihrer weiteren Förderung wurden die im Kulturbetate eingestellten Mittel nicht unerheblich erhöht.

Auf dem Gebiete der Verwaltungsreformen schreiten die Arbeiten so weit fort, daß die bedeutendsten der beabsichtigten Vorlagen, der Entwurf einer umfassenden Novelle zum Landesverwaltungs-gesetz, zum Landesverwaltungs-gesetz, sowie für den Bau von Kleinbahnen wird Ihnen auch diesmal eine umfangreiche Vorlage unterbreitet. Durch den Ihnen zugehenden Entwurf eines Wohnungsgesetzes sollen die gesetzlichen Grundlagen für eine nachhaltige Verbesserung des Wohnungswesens geschaffen werden. Die Jugendpflege hat sich auch in diesem Jahre erfreulich entwickelt. In ihrer weiteren Förderung wurden die im Kulturbetate eingestellten Mittel nicht unerheblich erhöht.

Auf dem Gebiete der Verwaltungsreformen schreiten die Arbeiten so weit fort, daß die bedeutendsten der beabsichtigten Vorlagen, der Entwurf einer umfassenden Novelle, zum Landesverwaltungs-gesetz, zum Landesverwaltungs-gesetz, sowie für den Bau von Kleinbahnen wird Ihnen auch diesmal eine umfangreiche Vorlage unterbreitet. Durch den Ihnen zugehenden Entwurf eines Wohnungsgesetzes sollen die gesetzlichen Grundlagen für eine nachhaltige Verbesserung des Wohnungswesens geschaffen werden. Die Jugendpflege hat sich auch in diesem Jahre erfreulich entwickelt. In ihrer weiteren Förderung wurden die im Kulturbetate eingestellten Mittel nicht unerheblich erhöht.

Eine Neuordnung des Rechts der Familienfideikomisse ist geboten, um anstelle des bestehenden unübersichtlichen Rechtszustandes ein einheitliches, der Entwicklung des Wirtschaftslebens entsprechendes Recht zu setzen. Der zu diesem Zweck aufgestellte Gesetzentwurf, der sich auch auf Familienfideikomisse erstreckt, wird Ihrer Beschlußfassung alsbald unterbreitet werden. Schließlich wird Sie der Entwurf eines Grundverwaltungs-gesetzes beschäftigen. Er ist dem bestimmt, der unübersichtlichen Zerstückelung ländlicher Grundstücke entgegenzutreten, auf der einen Seite aber die Förderung solcher Grundstücke zur Förderung der immuren Kolonisation zu erleichtern. Es sind hiernach gesetzgeberische Maßnahmen von großer Tragweite für das Wirtschaftsleben und den kulturellen Fortschritt unseres Volkes, die neben einer zeitgemäßen Reform der Verwaltungs-einrichtungen den Gegenstand Ihrer Beratungen bilden werden. Dank den gemeinsamen Bemühungen der Großmächte wurde der Weltfrieden, dessen Stärkung auch unserer nationalen Wohlfahrt die schmerzten Bunden schlagen würde, erhalten und gesichert. Auf dieser Grundlage wird auch Ihre Arbeit eine ruhrende sein und dem Vaterlande, darauf können wir vertrauen, zum Segen gereichen. Indem ich Sie im Auftrage Seiner Majestät willkommen heiße, erkläre ich auf Allerhöchsten Befehl den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Logium Hessen“ ihre Würdigung. Von der Zeit der römischen Herrschaft bis zum Ende des 18. Jahrhunderts sind in diesen Bänden die Werke der Archäologie, Numismatik und des Kunstgewerbes inventarisiert und beschrieben; zahlreiche Textillustrationen und Lichtdrucktafeln schmücken diese Bände und erläutern anschaulich den Text. Für den Oberrhein kommen in Betracht der Band „Kreis Erbach“ von Dr. Georg Schäfer (Verlag Arnold Bergsträsser, Darmstadt), „Kreis Bensheim“, unter Mitwirkung von Prof. Karl Denckmann, bearbeitet von Walter D. Dammann (Weiter der Herausgabe: Prof. D. Conrad Anthes), erschienen im Großh. Staatsverlag, Darmstadt) und „Ehemaliger Kreis Wimpfen“, von Prof. Dr. Georg Schäfer (Darmstadt, Verlag Arnold Bergsträsser). Die wichtigsten kunsthistorischen Städte des Oberrheins behandeln die Monographien von Prof. Dr. A. Adams: „Die ehemalige frühromanische Centralkirche des Klosters Sankt Peter zu Wimpfen im Tal“, „Die frühromanische Torhalle und Klosterkirche zu Bixhorn an der Bergstraße“ und „Die Einhardshausen zu Steinbach im Oberrhein“. Die drei Werke sind im Auftrag des Historischen Vereins für den Oberrhein von Prof. Dr. A. Adams bearbeitet worden. Zahlreiche Einzelbeschreibungen von Oberrhein-

orten liefern uns merkwürdige Kunde über die Vergangenheit und Gegenwart. Ich nenne hier: „Die Sage vom Rodenstein“, eine historisch-kritische Darstellung von Dr. Th. Lorenzen (dem Verfasser des in Eingang des Aufsatzes genannten Werkes) (Heidelberg, Universitätsbuchhandlung von Karl Stöss). Die Schrift behandelt den Rodenstein und Schmelz nach mythologischen, romantischen, nationalen, politischen und literarisch-historischen Gesichtspunkten. Kennzeichen im Oberrhein in Vergangenheit und Gegenwart schildert uns nach den Quellen Johannes Heid in seiner Festschrift zur Einweihung des Kaiserturnus auf der Reankircher Höhe am 9. Juni 1907. Vier Bilder nach Aquarellen des Malers N. Reim und zwei Karten sind dem interessanten Buchlein beigegeben. Ebenfalls von Johannes Heid verfaßt ist eine Schrift über „Lichtenberg im Oberrhein in Vergangenheit und Gegenwart“, nach den Quellen geschildert, mit 44 Abbildungen, 6 Plänen und einer Karte. Die westlichen Schicksale Lichtenbergs, die Glanzzeit unter dem eilfertigen Minnesänger Graf Dietrich II. von Kahlenburg wie die Schreckenszeiten des Dreißigjährigen Kriegs und der Rest sind in dem Werkchen anschaulich geschildert. Beide Schriften sind vom Verlag des Verfassers, der in Mülheim (Kreis Groß-Gerau) als Verleger wirkt, zu beziehen. Ueber den Kreisberg und seine römischen Steinbrüche“ unterrichtet uns Dr. H. Friedrich in „Direkt des Vereins für Rössische Altertumskunde u. Geschichtsforschung, Ver-

log B. Lehr, (Zwingenberg). Dem „Schloß Auerbach an der Bergstraße“ ist eine Schrift von Karl Krauß, Dr. Hauinspelt, gewidmet. (S. Hofmann, Darmstadt). Der Verfasser hat vor etwa 10 Jahren das Auerbacher Schloß im Auftrag der hiesigen Regierung aufgenommen und die Restaurierungsarbeiten geleitet. Originalzeichnungen verleihen dem Werkchen besonderen Wert. — „Schloß Breuberg im Oberrhein und die germanischen und römischen Denkmäler in seiner Umgebung“ beschreibt Heinrich Gies unter Berücksichtigung der neuesten Forschungen nach urkundlichen und mündlichen Mitteilungen. (Verlag G. Allendorf, Heppenheim a. d. B.) Mit 4 Abbildungen, einer Lichtdrucktafel, einem Plan und einer Karte. — „Lindenfels“ von Walter D. Dammann (Gießen, Otto Rindt) behandelt die Geschichte der „Feste des Oberrheins“; der Verfasser hat die Auftragsarbeiten und Ausgrabungen auf der Lindenfelder Burg geleitet, die interessante Ergebnisse hatten. Eine Anzahl Photographien, ein Merian von 1645, ein Plan der alten Stadt und Burg, sind dem Werkchen beigegeben. Die zahlreichen von den Verfassern eines herausgegebenen Ortsführer enthalten meistens wertvolles Material; wenn ich davon einzelne nenne (Mannheim, Darmstadt, Auerbach, Bergstraße, Lindenfels, Seeborn, Groß-Ulmstadt, Weinsheim, Mosbach, Buchen, Heidelberg, so erwähne ich diese nur darum, weil sie mir im Augenblick vorliegen; es soll damit anderen keine

Zurückhaltung zuteil werden. Auf das in „Lindenfels“, Festschriften enthaltene Material kann ich nicht eingehen, da ich grundsätzlich nur Bücher berücksichtigen wollte. Aber ein Buch muß ich noch nennen, das zwar nicht dem Oberrhein allein gewidmet ist, wie alle bisher angeführten Sachen, das aber den Oberrhein eingehend behandelt: „Heinrich Rüchters Großherzogtum Hessen“. Lebensbilder aus Vergangenheit und Gegenwart, neu bearbeitet von Prof. Friedrich Soltau (Verlag Emil Roth in Gießen), Geschichte, Sage, Literatur des Oberrheins findet in diesem Werk eingehende Würdigung.

Im Schluß bitte ich wiederum, auch diese Arbeit als einen Versuch einer Zusammenfassung der wissenschaftlichen Oberrheinliteratur zu betrachten, da ich in den Grenzen der mir zugänglichen Literatur bleiben mußte. Da meine badischen Leser aber noch ein Werk der Entschuldigungsart, daß ich in der großen Uebersicht hiesiger Werke und damit die hiesigen Oberrheinliteratur vorzugsweise behandelt habe; aber mir als Hessen sind naturgemäß die hiesigen Verlagswerke leichter zugänglich; vor allem aber werden meine Leser darin mit mir einig sein: der Oberrhein, einerlei, ob er innerhalb Hessens, Badens oder Bayerns gelegen ist, ist Gemeingut aller Freunde des Wanderns und der Gebirgswelt, denn im Oberrhein gibt es keine Grenzpfähle!

Bakisch in Köln.

ab. Köln, 7. Jan.

(Von unserm Korrespondenten.)

Unter großem Andrang des Publikums begann heute vor der hiesigen Strafkammer ein Belästigungsprozess, den der Polizeipräsident v. Weegmann wegen Belästigung verschiedener Beamter der Polizei und Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ Hr. Sollmann aus Köln angestrengt hatte. Die Vorgeschichte des Prozesses ist folgende: Im Herbst des vergangenen Jahres stand der jetzt nicht im Dienst befindliche Kriminalkommissar Hannemann aus Köln wegen Verletzung vor Gericht. Er brachte damals zu seiner Verteidigung vor, daß bei der Kölner Polizei die Annahme von Geschenken allgemein, auch bei den höheren Beamten, üblich sei, ohne daß hiergegen seitens der Vorgesetzten eingeschritten würde. Der Kommissar wurde damals freigesprochen, obwohl ihm nachgewiesen wurde, daß er ein Geldgeschenk angenommen hatte; das feiervrechende Urteil ist in der Justizzeitung vom Reichsgericht bestätigt worden. Die „Rheinische Zeitung“ brachte nun Anfang Oktober unter der Überschrift „Bakisch“ einen Artikel, in welchem es nach den Worten des Kommissars Hannemann, daß er hunderte von Fällen anführen könnte, wo die Beamten von den höchsten bis zu den niederen Geschenke angenommen hätten, weiter hieß, daß die Annahme von Geschenken bei der Polizei nicht verboten sei, daß sich aber der Polizeipräsident die Verteilung der Geschenke vorbehalten habe. Weiter sagte der Artikel u. a.: „... die Kölner Polizei nimmt also nicht nur Geschenke an, sondern der Polizeipräsident billigt das System auch ausdrücklich und behält sich nur vor, höchstens über die Verteilung der Geschenke, die der Rechtsanwält V. vor Gericht eine Art Trinkgeld nannte, zu befinden.“ Besonders die höheren Beamten nehmen Geschenke an, ja, bis zu den höchsten Graden ist eine offene Hand vorhanden. ... Wir wissen nicht, ob es im Kölner Polizeipräsidentium außer den höheren noch oberhöchste Grade gibt, aber erfahren möchten wir gerne, von welchem Range an die Kölner Polizei für eine Art Trinkgeld nicht mehr empfänglich ist. ... Auch das bairische Gericht unter dem blühenden Adler legt sich in fremdländische Falten, wenn es das Haupt des teuren Landesvaters in silberner oder goldener Prägung erblickt.“

Dem Ausgang der Verhandlung wird mit dem größten Interesse entgegengeesehen, da der erwähnte Erlaß des Polizeipräsidenten nicht bestritten werden kann, weil ferner ohne weiteres als wahr unterstellt wird, daß Schamleute sich mit Bier und Rigoren regularisieren lassen und nachdem einwandfrei festgestellt ist, daß höhere Polizeibeamte für die Erstellung von Wirtschaftskonten zum Teil recht ansehnliche Geldgeschenke angenommen haben. Auf letzterem Punkt dürfte sich das Interesse der Verhandlung konzentrieren: Ist doch eine bestimmte hiesige Gesamtwirtschaft, in welcher vorzugsweise höhere Polizeibeamte verkehren, unter dem Namen „Kongressfabrik“ bekannt, ebenso, daß in verschiedenen lokalen höheren Polizeibeamte nicht davor zurückschrecken, sich ihre mitunter nicht gerade kleinen Besen von den Wirten bezahlen zu lassen. Unter den etwa 150 geladenen Zeugen befindet sich der hiesige Polizeipräsident, ferner zahlreiche Polizeibeamte, Branntweinbesitzer, Gastwirte etc. Eine Anzahl von Zeugen hat der Ladung keine Folge geleistet, sondern sich mit Krankheit usw. entschuldigen lassen. — Der Angeklagte, dem die Rechtsanwält Reichsadvokat Wolff (Heine (Berlin) und Metzger (Köln) zur Seite stehen, erklärt, die volle Verantwortung für den Artikel zu übernehmen und den Wahrheitsbeweis in vollem Umfang erbringen zu wollen. — Die Verhandlung dürfte voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, den 8. Januar 1914.

• Aus dem Staatsdienst entlassen wurde Finanzamtmann Alfred Eisenlohr in Münden, seinem Ansuchen entsprechend.

Die „Wackes“ auf der Bühne.

Die Bühne läßt sich selten Aktualitäten entgegen und so ist auch das Schlagwort „Wackes“, das durch Zabern in der ganzen Welt bekannt wurde, in das „Inventar“ der Bühne übergegangen. Im Gewand lustiger, satirischer Extrapolen kann man es so und dort alle Abende hören. Namentlich unsere Operettenbühnen haben davon Gebrauch zu machen gewußt. Im Berliner Theater des Westens hat sich Volbi Deutsch des Wortes bemächtigt. Er spielt einen alten Polen den plötzlich jemand „Diot!“ tituliert. Volbi Deutsch steht dem Partner von oben bis unten an, wendet ihm verächtlich den Rücken und meint dann im Abgehen, wachsend nach hinten deutend: „Wackes!“ Das Parfett schüttelt sich vor Lachen. ...

Noch größere Heiterkeitsstürme entfesselt indessen im Kontis Operetten-Theater, und zwar in Granichsfeldens „Verbotener Stadt“, Heinrich Beer mit den Wackes. Beer mimt einen Chinesen, der von Geuner bedrängt wird. Schimpfworte fliegen berüber und hinüber und als die ganze übliche Schimpfexzelsion durch ist, und die Angreifer immer näher auf den Leib rücken, erklimmt Beer den Stuhl und schreit dem Gegner drohend an: „Wackes!“ Das ganze Haus wiehert.

Aber als es einigermaßen wieder zur Ruhe kommt, interpretiert der Komiker seinen „Wackes“, und indem er fortfährt:

• Ernannt wurde Oberlehrer Karl Vogel in Freiburg zum Rektor daselbst. • Veretzt wurden Oberbahnhofssekretär Adolf Weroch in Arel zur Zentralverwaltung (Verkehrskontrolle II) in Karlsruhe, Eisenbahnschreiber Karl Käßler in Durnersheim nach Donaueschingen und Eisenbahnschreiber Alois Wirth in Schaffhausen nach Freiburg.

• Lotteriegenehmigung. Dem Badischen Landesverein vom Roten Kreuz wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Lotterie — dritte Ziehung —, bei der 325 Geldgewinne und eine Prämie im Gesamtwert von 37 000 Mark ausgesetzt und 100 000 Lose, das Stück zu 1 M., ausgegeben werden, erteilt. • In den Badischen Sängerbund sind seit 1. Mai vorigen Jahres bis zum Jahreswechsel folgende Vereine neu aufgenommen worden: „Deutscher Männerchor“ in Arel, „Einheit“ in Forbach, „Männergesangsverein“ Pfaffenweiler, „Frohinn“ in Kirchgarten, „Vereinschor“ in Weisbach, „Gesangsabteilung des katholischen Arbeitervereins“ in Freiburg, sowie „Deutsche Eiche“ in Bernersbach. Ausgetreten sind „Arbeiterbildungsverein“ in Niederhof, „Sängerbund“ in Sandhofen, „Gesangsverein“ in Oberscheffenz und „Eintracht“ in Hirschhorn.

• Neue Geometer. Nach ordnungsmäßig bestandener zweiter Staatsprüfung sind die Geometerkandidaten Konstantin Fuchs von Bruchsal, Roman Großmann von Karlsruhe, Rudolf Gutmann von Karlsruhe, Jakob Näger von Heilbronn, Joseph Diebale von Künzingen, Hans Maier von Wellingen und Heinrich Schreitmüller von Karlsruhe als öffentlich bestellte Geometer aufgenommen worden.

• Auszeichnung. Dem Herrn Maschinenbauingenieur Hugo Wübner, Vorstand der Wübner Motoren-Gesellschaft in Heilbronn wurde der Titel Königl. Kommerzienrat verliehen.

• Der Generalanwält. Vom Steuerkommissariat wird uns geschrieben: In Ihrem Abendblatt vom 31. Dezember d. J. Nr. 607 ist auf Seite 3 ein Artikel erschienen, dessen Inhalt (letzter Satz) geeignet ist, das feindselige Publikum irre zu führen. Wir teilen Ihnen daher in der Anlage eine Abschrift des § 10 Absatz 2 Satz 1 der von der Gr. R. und Steuerdirektion in Karlsruhe herausgegebenen Wehrbeitrags-Vollzugsanweisung mit dem Ersuchen um gefl. Aufnahme mit: § 10: 2. der Anspruch auf die in § 88 des Gesetzes gesicherte Freiheit von Strafe und Nachtrag ist — abgesehen von den Fällen des § 15 Abs. 2 Abs. 2 — begründet, wenn der Beitragspflichtige noch vor der Justizverteilung des Veranlagungsabteils das bisher nicht verbeitragsverpflichtete Vermögen anmeldet.

• Die Nationalliberale Partei läßt es sich angelegen sein, die nötige Aufklärung über den Wehrbeitrag in die breitesten Kreise zu tragen. So hat am letzten Sonntag in Käfertal ein öffentlicher Vortrag stattgefunden, der von mehreren hundert Personen besucht war. Gleich insipidant verließ die gestrige Versammlung in Käfertal. Des Abdranges wegen mußte dieselbe in den großen Saal der „Krone“ verlegt werden, der dann dicht gefüllt war. Der Vorsitzende des Jungliberalen Vereins, Herr Gg. Wenzinger, eröffnete den Abend und erteilte folgende dem Referenten, Herrn Wessler Dr. Mayer, das Wort. In kurzen und überaus sachverständigen Ausführungen verbreitete sich dieser über den Wehrbeitrag und seine Veranlagung. Der Vortrag fand den lebhaftesten Beifall. Eine rege Ansprache schloß sich an, an der sich u. a. die Herren Dr. Orth, Zahn, Keller, Hauptlehrer Lehmann, Stadtv. Knobel beteiligten. Auf alle Anfragen gab Herr Dr. Mayer bereitwillige Auskunft. Das Schlusswort sprach Parteisekretär Wittig, der die Wichtigkeit wirtschaftspolitischer Erörterungen hervorhob und nebenbei auch über das Spekulationsverbot vor Zabern unter lebhafter Zustimmung ein kräftiges Wort redete. — Herr Wenzinger dankte allen Rednern und schloß die schön verlaufene Versammlung. — Ein weiterer öffentlicher Vortrag über das gleiche Thema findet Samstag abend 8 1/2 Uhr im „Badischen Hof“ in Feudenheim statt.

• Wehrbeitrags-Auskunftsstelle. Wir möchten wiederholt darauf aufmerksam machen, daß die Handelskammer und der Hanfa-Bund eine gemeinsame Auskunftsstelle für Angelegenheiten des Wehrbeitrags geschaffen haben. Die Auskünfte werden in jeder Woche von Dienstag bis Freitag von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags im Handelskammergebäude B 1, Nr. 7 b, 1 Treppe hoch, durch den Geschäftsführer des Hanfa-Bundes, Herrn Dr. Gerard, unentgeltlich erteilt. Im Sprechzimmer sind dritte Personen nicht anwesend, und die gemachten Angaben werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

• Das Fest der silbernen Hochzeit feiert am kommenden Sonntag, den 11. Januar, Herr Maschinenbauingenieur Otto Schwab mit seiner Ehefrau Sophie geb. Widel. Gleichzeitig ist der Jubilar 55-jähriger Abonnement unseres Blattes. Wir gratulieren herzlich!

• Wohnungs- und elektrische Verhältnisse. Ueber dieses aktuelle Thema wird am Freitag abend 9 Uhr im „Bad. Hof“ in Feudenheim Herr Professor Wendling einen Vortrag halten. Daraus anschließend spricht Herr Stadtschreiber Gg. Krämer über „Das Wehrbeitragsgesetz“. Zu dieser Veranstaltung sind alle Bewohner Feudenheims herzlich eingeladen. Da die beiden Referate brennende Tagesfragen bilden, sollte kein Feudenheimer versäumen, diese Versammlung zu besuchen.

Vereins-Nachrichten.

• Mannheimer Schifferverein u. S. Wie im Jahresbericht der heutigen Nummer gemeldet, bezieht der Mannheimer Schifferverein u. S. allen Verkehren gemäß am Samstag, den 10. Januar sein Winterfest durch den traditionellen Festball im Feudenheimer Hof, der noch jedes Jahr einen glänzenden Verlauf genommen hat und sich bei der hiesigen Bürgerwehr des hohen Gedankens erfreut. Referenzen für das Schifferfest aus angesehenen Bürgern hiesiger Stadt. Der Verein verknüpft mit dem Winterfest die Feier seines 20-jährigen Bestehens. Die getroffenen Vorbereitungen zu dem Feste sichern einen ebenso imponierenden Verlauf der Veranstaltung, wie in den letzten Jahren.

• Ein Jahr Angefallene Verheiratung“ lautet das Thema, über das Herr Gerwagen in einer nach besagten Versammlung des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Vereins am 30. Dezember sprach. Durch seine interessanten Ausführungen gelang es dem Redner, die noch höchstlich auftauchenden Zweifel an der für den Versicherer vorzuziehenden Ausgestaltung zu zerstreuen und die Besucher zu überzeugen, daß die hiesige Versicherung für den Angefallenen die unbedingt beste sei. Besonders stellte der Redner fest, daß die Verwaltungskosten im Vergleich zur Invalidenversicherung nur 2 Proz. betragen. Der D. N. V. kann mit Stolz auf die Versicherung sich berufen, die nicht zum geringen Teil noch seinen Vorschlägen angepaßt wurde.

Aus dem Großherzogtum.

• Käfertal, 7. Jan. Am das silberne Jubiläum unseres Gemeindevorstandes Peter Bredt festlich zu begehen, hatte der Gemeinderat zu einer Gemeindefeierliche Einladungen ergehen lassen. Es waren erschienen der Bürgermeisterschaft nahezu vollständig, viele Bürger und Frauen, die Familie des Jubilars und dessen Amtsfolger aus dem Landbesitz Mannheim. Herr Bürgermeister Baumann begrüßte die Versammlung und sollte dem jederzeit gewissenhaften Jubilare für seine gute Dienstführung im Namen des Gemeinderats Worte der Anerkennung; zum Danke und als stete Erinnerung an seinen Jubeltag wurde ihm ein ansehnliches Geschenk überreicht, darunter eine silberne Uhr mit Widmung. Herr Hr. Engelhardt feierte in längerer Ansprache den großen Pflichterfüller des Jubilars, seine schönen menschlichen Eigenschaften und seine Sorge für seine Familie. Ferner wurden ihm freundliche Worte gewidmet von Herrn Wenzinger-Feudenheim im Namen seiner Amtsgegner, von Herrn Eisenbahnschreiber B. Bühler und Herrn Georg Weiber.

• Wiesloch, 7. Jan. Die der Wieslocher Zeitung entnommene Mitteilung, daß der Arbeiter Kraft aus der Metallwarenfabrik, welcher sich zu verhaften suchte, gestorben ist, bestätigt sich nicht. Er ist vielmehr wieder berufen worden und befindet sich außer Gefahr.

Kunst, Wissenschaft u. Leben.

• Eine Wagner-Gedenkstiftung in Bologna. In Bologna sind mehrere angesehene Bürger zusammengetreten, um dafür Sorge zu tragen, daß die glühende Begeisterung, mit welcher der „Parfett“ aufgenommen wurde, dauernde Spuren hinterlasse. Es sollen für die Aufstellung einer Gedenkstiftung, die an das bedeutungsvolle Ereignis erinnern soll, durch öffentliche Sammlungen Gelder aufgebracht werden. Die Gedenkstiftung will man in der Vorhalle des Stadtheaters anbringen; sie soll die Aufschrift tragen: „1. November 1871, erste Aufführung des „Lohengrin“; 1. Januar 1914, erste Aufführung des „Parfett“.

• Die nächste Generalversammlung der Goethe-Gesellschaft. Man schreibt aus Weimar von den Beratungen über die nächste Generalversammlung der Goethegesellschaft, zu denen auch der Oberpräsident der Rheinprovinz Georg v. Rheinbaben in Weimar eingetroffen war, die aber noch nicht ganz abgeschlossen sind, ist als dringliches Ergebnis zu melden, daß die Generalversammlung am ersten Sonntag nach Pfingsten, also am Morgen des 6. Juni d. J., im Kurort Kurort Katalin, daß ferner Geh. Regierungsrat Universitätsprofessor Dr. Gustav Roethe (Berlin) den Vortrag über „Wilhelm Meisters theatralische Sendung“ halten und voranzugreifen am Dienstag, das Festessen und abends Festvorstellung im Hoftheater stattfinden soll, während für den darauffolgenden Sonntag ein gemeinsamer Ausflug nach der Wartburg in Aussicht genommen wurde, wobei allerlei noch

Der dritte Zabernprozess.

Die Strafanträge des Anklagevertreters.

w. Straßburg, 8. Januar.

Der Anklagevertreter beantragte die Freisprechung des Obersten Reuter von der Anklage, daß er sich die Erschüttingen in Zabern angeeignet habe. Reuter habe nicht das Bewußtsein einer Rechtsverletzung gehabt. Wegen Freiheitsberaubung beantragte er gegen Reuter sieben Tage Gefängnis, gegen Leutnant Schab Freisprechung von der Anklage der Freiheitsberaubung und des Hausfriedensbruchs, dagegen drei Tage Gefängnis wegen Körperverletzung, weil Schab den Zeugen Normann geschlagen habe.

Der Schluß der Verhandlungen.

w. Straßburg, 8. Januar.

Auf dem Platz vor dem Gerichtsgebäude herrscht Ruhe, und nur wenige Passanten kreuzen die Straße. Ob man heute, am vierten Verhandlungstage, bis zum Plaidoyerbeginn fortschreiten wird, steht vormittags noch nicht fest. Als erster Zeuge sagt heute Major Ude u. a. aus, daß nach seiner Anschauung die Polizei in Zabern sehr minderwertig sei und daß sie auch sonst nur eingeschritten sei, wo es nötig gewesen ist. Zeuge der außerhalb der Stadt wohnt, hörte von seinem Feisar am Morgen des ersten November, daß es gestern in der Stadt sehr lustig gewesen sei, so eine Art Gaudi, wie am Karneval und die Polizei sei sehr verhöhnt worden. Man habe aber allgemein die Ansicht gehabt, daß alles aufgehört hätte, sobald die Polizei bezog, die Gendarmen heimgegangen wäre.

Diesen seinen Bericht bestätigt der Zeuge Feisar Anstatt.

Gendarmereiwachmeister Schmitt weiß von Steinwürfen zu berichten, von denen einer er selbst getroffen worden sei. Ein Polizeidiener habe einen Steinwurf gegen den Kopf über die Schuppenkette des Helms erhalten. Die Menge an dem kritischen Montag schätzte Gendarmereiwachmeister Schmitt auf 800 bis 1000 Personen, meistens junge Leute, viele neugierige Frauen und Kinder. Auf Befragen erklärt Zeuge, daß das Kommando über Polizei und Gendarmen der alte Polizeiwachmeister Witzschler gehabt habe.

Die nächsten Zeugen, mehrere Gendarmereiwachmeister aus Zabern, berichten nur Bekanntes aus jenen bewegten Tagen. Ein Gendarmereiwachmeister Steiner, erklärt ausdrücklich, daß ihm das Aufstreuen der promonierenden Offiziere nicht provozierend vorgekommen sei. Kreisdirektor Wahl sei immer auf der Straße gewesen.

Einer der Polizeioffiziere fragte den Zeugen, ob die Gendarmen und Polizei nach seiner Ansicht wohl in der Lage gewesen seien, die Offiziere vor Beschimpfungen und Anfeindungen zu schützen.

Der Zeuge bejaht dies bedingt: Ja, wenn wir solche Fälle gesehen hätten, und so weit wir in der Lage dazu waren.

Gendarmereiwachmeister Döring bestätigt auf Befragen, daß die Gendarmen mit der Waffe nicht hätte fertig werden können.

Leutnant Tigler erklärt hierzu, daß ihm ein Gendarm auf dem Schloßplatz sagte: Wir können hier nichts machen, ich glaube es ist das beste, wenn man Militär requiriert.

Hauptmann Köppen erzählt, wie er mit anderen Offizieren gegen 7 Uhr abends im

Die Allgemeine Deutsche Kunstgenossenschaft.

Plant, wie wir seinerzeit mitteilten, ein großes Ausstellungs- und Verlagsunternehmen, das im ganzen Reich die Kenntnis guter Kunst verbreiten soll. Die Gründung ist sehr ermöglicht, da bis auf weiteres die erforderliche Summe von 150 000 Mark erreicht ist. Um aber dem Unternehmen für alle Zeiten eine sichere Basis zu schaffen, sollen auch nach der Gründung noch weitere Geldmittel anbebracht werden. Ein künftiger Privatmann hat noch jüngst 20 000 M. gezahlt, ferner beizutragen der Ortsverein Dresden 1500 Mark, der Berliner Ortsverein 1000 Mark, die Ortsvereine Hamburg und Leipzig je 500 Mark bei.

Hermann Sudermann.

Er ist in Hamburg eingetroffen, um die ersten Proben seines neuen Dramas „Lohengrin des Gaudian“ zu lesen. Das Stück wird am 20. Januar am Deutschen Schauspielhaus seine Uraufführung erleben. Das Drama ist von Alex Otto inszeniert.

Hochschulnachrichten.

Aus der Technischen Hochschule zu Dresden bekunden im Jahre 1913: 147 Studierende die Diplomprüfung u. zwar 42 Architekten, 20 Ingenieur, 30 Maschinen-, 8 Elektro-, 6 Betriebsingenieur, 2 Chemiker und 4 Kraftmaschinenbau; sowie 117 Studierende die Diplomprüfung, und zwar 41 Architekten, 30 Bauingenieur, 11

„Was es ... einer, mich anzugreifen!“ Neue Heiterkeitsstürme ...

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Akademie für Jedermann.

Der Gedanke einer systematischen Einführung in die Kunstgeschichte durch mehrjährige Zyklen in mit dem größten Vortrag der Weltanschauung näher gebracht worden. Direktor Dr. W. W. W. sprach für die Höher des neuen Beifalls (bei der einmaligen Wiederholung für den blauen Fettel waren wir selber an der Veranstaltung verhindert) über „Die Sprache der Kunst“, Name und Kunst, Leben und innerer Wesen finden ihren letzten und höchsten Ausdruck in der Kunst. Gammal bewegt sie sich ruhig und still (Goldstein), dann leidenschaftlich und wild (Päuer), oder heftig und heftig (Wiedemann) oder inwändig und durchdringend (von Wagn). Aber nicht nur in der Kunst zeigt sich ihre Verflochtenheit des Wesens. Die Dichtung, wie A. H. Wiedemann oder Rollins, läßt ebenso auf verflochten inneren Wesen schließen wie eine graphische Zeichnung. Und neben dem individuellen Ausdruck haben wir die Kunst als Ausdruck ihrer Zeit. Dafür sind nicht nur die am Schluß angeführten Beispiele aus den Kunstgeschichten, sondern auch die modernen Werke unserer Dichter, die die Kunst des Künstlers betonen, sprechen dafür. Schließlich haben wir die Kunst ebenso in der Geschichte wie in der Natur als einen unauflösbaren Ausdruck. Sei es nun in mittelalterlicher unauflösbare Wirkuna, ihre Charakteristik ist das Temperament, das härter oder schwächer der Gestaltung entspricht, deren Entwicklung die Linie bedingt. — In einer überaus reichen Auswahl seiner Ausführungen besetzt Dr. W. W. W. seine Mannheimer Zuhörer und erstreckt dafür ansehnlichen, persönlichen Beifall.

Karpen gefessen sei, habe man auf dem Blase lebhaftes Gehen und Weisheit geholt; dann sei ein Trommelwirbel erfolgt und da seien sie nach der Kaserne gegangen.

Hauptmann Veltz: Die Bevölkerung in Zabern hielt es, wie ich jetzt weiß, schon für provozierend, wenn die Leutnants die Hand am Degengriff hielten. Die Gendarmen in Zabern hätten auf ihn einen geradezu unerklärlichen Eindruck gemacht.

Major Kabe von den Idern hat auf Befragen eines Gendarmen die Antwort erhalten: Die Strafen werden deshalb nicht geräumt, weil Kreisdirektor und Bürgermeister die Weisung gegeben hätten, es dürfe nicht scharf vorgegangen werden. Als der Zeuge einem Feuerwehrgenossen zuzief, er möge doch endlich zu sprechen beginnen, damit die Schreier den Rücken kehren, habe dieser erwidert: Glaubten Sie denn, daß wir gegen unsere Mitbürger kämpfen? Die Polizei in Zabern erschien dem Zeugen ungenügend. In den Aufmärschen sei ein gewisses System gewesen, wobei die Kinder in den Vordergrund gedrängt wurden.

Leutnant v. Forstner sagt aus, er habe gehört, wie Major Kabe von einem Gendarmen die Antwort erhielt: Wir dürfen nicht energisch eingreifen, der Kreisdirektor hat es verboten. Gendarmehauptmann Schotte erklärt, der Oberwachmeister habe einen sehr eingeschüchterten Eindruck gemacht. Den Befehl über die Gendarmen führe immer der Oberwachmeister, nie ein Polizeiwachmeister. Von der Tätigkeit der Polizei in Zabern hätten die Gendarmen eine sehr geringe Achtung gehabt. Kreisdirektor Kahl erklärte: Ich habe dem Oberbefehl selbst übernommen. Die Gendarmen waren gern bereit, sich den Anordnungen des dienstältesten Polizeiwachmeisters unterzuordnen. — Als zur Zeugeneinvernehmung geschritten wird, teilt Gendarmehauptmann Schmidt II mit, daß sie — die Gendarmen — im Anfrage der Ortspolizei gebandelt hätten. Es folgte die Vernehmung der Zeugen, Offiziere und Gendarmen, sowie des freisitzenden Anstalt. Die Gendarmen versichern wiederholt, daß sie vom Kreisdirektor in keiner Weise beeinflußt seien. Gendarmehauptmann Schmidt II erklärt noch ausdrücklich, die Polizei hätte nicht ausgereicht. Nach Beendigung der verschiedenen Artikel im „Zaberner Anzeiger“ vom November wird um 12 1/2 Uhr die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Begründung der Anklage durch den Kriegsgerichtsrat Pfander.

Nach einer kurzen Pause nimmt der Kriegsgerichtsrat Pfander das Wort zur Begründung der Anklage und führt aus:

Seit zwei Monaten ist Zabern allmählich geworden und seit fünf Wochen wurden über die dortigen Vorfälle widersprechende Meldungen und Ansichten verbreitet. Festgestellt ist, daß am 8. November eine heftige Menge vor dem „Karpen“ stand. Oberst v. Reuter holte den Leutnant v. Forstner heraus. Derselbe ist nun die Ursache der Verurteilung, daß der Oberst gekommen sei „wie ein Engel vom Himmel“. Sicherheitsbeamte waren nicht da. Der Oberst richtete eine Ansprache an die Menge, die aber wohl ganz anders aufzufassen wurde, als sie gemeint war. Es wurden vielfach Schimpfwörter wie „Schwob“ geäußert. Auch ein Beitrag zur Herabwürdigung und Friedfertigkeit der Bevölkerung führt der Anklagevertreter hinzu. Bezeichnend sei die Ansprache der Frau in Hörke, bezüglich der Vorfälle am folgenden Sonntag. Sie sprach von einer „Dorle“. Das werde ihr unauflöslich sein, sie habe es nicht für möglich gehalten, daß auf deutschem Boden deutsche Offiziere in dieser Weise belästigt und angegriffen werden könnten.

Es besteht also die Tatsache, daß ohne jeden Grund an der Straße zwei Offiziere, Leutnant v. Forstner und Sanitätsoffizier Bogt von einer schreienden Menge in größtmöglicher Weise belästigt und mit etwa 20 Steinen beworfen wurden. Der Aufzug setzte sich abends auf der Straße fort. Radnitsing sah es aus, wie am Karneval. Man analysierte sich auf Kosten des Leutnants v. Forstner. Während Jesus am Tage sein heiteres Gesicht trug, trug er mit dem Eintritt der Dunkelheit sein ernstes Gesicht zur Schau.

Der Anklagevertreter schilderte in eingehender Weise die Vorgänge in den folgenden Tagen. Es erzieht sich um die Frage, ob die Maßnahmen des Kreisdirektors genügt oder nicht. Ich möchte die Frage bejahen unter der Voraussetzung, daß eine Kontrolle über die Polizei ausgeübt wurde, ob sie auch ihre Pflicht und Schuldigkeit in vollem Maße erfüllt.

Der Anklagevertreter kommt des weiteren auf die Haltung des „Zaberner Anzeiger“ zu sprechen. Er sei überzeugt, daß Redakteur Bibecke einen großen Teil der

moralischen Schuld für die Vorkommnisse in Zabern trage. Er sei gleichsam der Regisseur der Verhörung gewesen. Als der Oberst, der am 12. November beurlaubt worden war, am 17. November die Führung des Regiments wieder übernahm, hätten die heftigsten Artikel wieder eingelegt. Der Vöbel machte sich erneut bemerkbar. Ich sage mit Absicht Vöbel, weil ich die gute Zaberner Bevölkerung nicht für fähig halte, sich an derartigen Demonstrationen zu beteiligen. Es waren halbwichtige Lutschen, die Freude am Spektakel hatten. Bisher war von seiten der Offiziere nichts geschehen, um sich der Beschimpfungen zu erwehren. Man muß sich aber fragen: hat denn die Bevölkerung ein Recht, sich über die Offiziere in der Weise auszulassen? Waren die Offiziere vogelfrei? Weder durch die Polizei noch von der Gendarmen wurden sie beschützt. Aus allem, was ich höre, schreie ich, daß System in der Handlungsweise der Unruhestifter war.

War nun das Einschreiten des Militärs berechtigt? Hat diese Hauptverhandlung darüber Klarheit geschaffen? Diese Frage habe ich heute dem Gericht vorgelegt. Der Anklagevertreter kommt zu dem Schluß: Nachdem die Polizei versagt hatte, war Oberst v. Reuter der vollen Ueberzeugung, daß ihm Pflicht und Ehre gebot, die angegriffene Ehre und das geschädigte Ansehen der Offiziere wieder herzustellen. Er hielt sich für berechtigt, am 8. November an die Stelle der ausbleibenden Zivilgewalt zu treten. Damit fällt das Bewußtsein in der Rechtswidrigkeit. Es galt jetzt tatsächlich, dem unwürdigen Zustande ein Ende zu bereiten. Das Rigorose in der Ausübung des Befehls vorgekommen sind, ist angesichts der Situation gerechtfertigt. Die Annahme, daß sich Oberst v. Reuter die Gewalt anmaßt, habe ich nicht mehr aufrecht erhalten und er beantragte daher in diesem Punkte Freisprechung. Anders sieht es mit der Anklage wegen Freiheitsberaubung. Hier beantragte er sieben Tage Gefängnis. Der Angeklagte dürfte die Justiz nicht länger zurückhalten, nach dem ihm Regierungssanktion Großmutter auf das Bestimmteste versichert hatte, daß er weiterhin mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen werde. Der Oberst habe infolgedessen nicht mehr die Gewalt in Händen.

Gegen Leutnant Schab beantragte der Anklagevertreter drei Tage Gefängnis, weil es für erwiesen gilt, daß Leutnant Schab dem Zeugen Kormann auf die Waden geschlagen habe. Von der Anklage der Freiheitsberaubung und des Hausfriedensbruchs sei Leutnant Schab freizusprechen.

Der Verteidiger.

Rechtsanwalt Großfart führt in längerer Rede aus, daß dem Oberst v. Reuter schwer Unrecht geschehen sei. Man müsse selbst bedauern, daß der Zaberner Angelegenheit eine politische Note gewaltsam aufgedrängt worden sei und im Reichstage niemand Mannes genug gewesen war, mit dem Reichskanzler zu sagen: Wartet ab, es sieht anders gegen Anklage, das Gericht wird die volle Aufklärung bringen. Die Manöver des Reichskanzlers und des Kriegsministers verhalten in dem Wutgefäß der Parteien. Was in Zabern vorgekommen, das sei nicht von guten Elementen ausgegangen, sondern von Deuten, die aus Freude schimpfen wollten und nur ihr eigenes Interesse im Auge hatten. Man wird jetzt aufpassen und jeder ausländische Wasser wird sagen, daß es nur infolge der infamen Aufschaukung und Entstellung des wahren Sachverhaltes gescheit auf die Artikel des Zaberner Anzeigers soweit kommen konnte. Es war ein Schimpf für Zabern, daß am hellen Tage ein offener Straße Offizier der deutschen Armee in der unehrlichsten Weise beleidigt und belästigt worden sind. Im Uebrigen sei man so etwas nicht gewohnt. Am 8. November hätten Volkswirtschaftler, Kaufleute, Handwerker, Militärdienstverpflichteten den Standpunkt, daß Oberst v. Reuter auch objektiv zu seiner Wabnahme berechtigt war. Die Verhafteten habe er zum Zwecke der Feststellung zurückhalten müssen. Oberst v. Reuter sei nicht der Soldat, der sich auf das Bürgerrecht gefügt hat, sondern der in ehrlicher Ueberzeugung befreit war, die Ordnung wieder herzustellen, die in unverantwortlicher Weise gestört worden war.

Die Person des Obersten von Reuter sei in jeder Beziehung einwandfrei, wenn auch das Verhältnis zwischen ihm und dem Kreisdirektor nicht war wie es sein sollte. Der Oberst sei ein Mann, vor dem man Achtung haben müsse. Man dürfe einen verdienten Offizier, der seit 35 Jahren seine Pflicht tadellos erfüllt habe, nicht ins Gefängnis schicken, weil er das Ansehen der deutschen Armee wahren. Der Verteidiger beantragt vollen Freispruch des Oberst von Reuter.

Nach kurzer Berührung des Falles Kormann — dieser Zeuge habe behauptet, von Leutnant Schab geschlagen worden zu sein und einen Wadenzahn verloren zu haben — äußerte der Verteidiger, den Vorfall habe niemand gesehen und Behauptung stehe gegen Behauptung. Der Verteidiger kommt daher zu dem Schluß, auch der Angeklagte Schab, der in strenger Minderjährigkeit gehandelt habe und dem weder Vorwissen noch Fahrlässigkeit beizumessen sei, sei freizusprechen. Kormann ist überzeugt, daß die sogenannte öffentliche Meinung nach dem Ergebnis des Prozesses unglücklich werden.

Das Schlusswort des Oberst von Reuter.

In seinem Schlusswort tritt der angeklagte Oberst dafür ein, daß die, was vorgekommen, nur ich, nicht seine Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften die volle Verantwortlichkeit treffen.

Nach heute noch habe er den festen Eindruck, daß er gezwungen gewesen sei, so zu handeln wie er gehandelt habe und in bitterer Notwendigkeit. Auch menschlich gerecht sei sein Handeln gewesen; denn hätte er die Leute aus dem Keller an jenem Abend noch freigelassen, so wären Aufbegehren und vielleicht Blutvergießen sicher gewesen. Und das sei so verdrüßlich worden. So habe er in jeder Hinsicht seine Pflicht und Schuldigkeit getan.

Leutnant Schab.

Schon noch einmal, daß er getan habe, was er für recht hielt und für notwendig, um die Ruhe herzustellen.

Die Verurteilung des Urteils wird angefochten, weil die Prüfung schwieriger Rechtsfragen Zeit beanfordere. Sie wird am kommenden Samstag vor-mittags 10 Uhr erledigt.

Kurz vor 2 Uhr schloß nach dreizehnstündiger Dauer die Verhandlung. Vor dem Gerichtsausschuß hatten sich zahlreiche Gruppen jugendlicher Angehöriger zu erhebenden Aufzügen in es aber nicht gekommen.

Der Termin der Urteilsverkündung.

w. Straßburg, 8. Jan. Die Urteilsverkündung in dem Prozeß gegen den Obersten von Reuter findet Samstag Vormittag 10 Uhr statt.

Das Ergebnis.

R.C. Straßburg, 8. Jan. (Von unserem Korrespondenten.)

Der Prozeß wegen der Zaberner Vorfälle wurde heute Nachmittag 1 1/2 Uhr bis auf die Urteilsverkündung erledigt. Er hat mit einer glänzenden Ehrenrettung der deutschen Armee geendet, die dem Ausland gegenüber mehr als je als das feste Bollwerk des deutschen Reiches dastand, wie ein „rocher de bronze“, um mit Bismarck zu reden, berufen ist, Volk und Land zu schützen. Es hat sich mit unabweisbarer Deutlichkeit während des Prozesses gezeigt, daß die Behauptung, zwischen Volk und Armee bestehe eine Kluft, die die Unwilligkeit der Angehörigen ist, bestenfalls eine Aufschaukung der Vorfälle ist die Erregung ins Volk trug, welche sich dann in brechender Welle weiter fortpflanzte und schließlich auch den Reichstag mit sich zog. Wir glauben aber, daß nach diesen Ergebnissen des Prozesses niemand Bedenken tragen wird, Zeitungen zu berichten. Nicht minder wurde die wichtige Frage geklärt, ob Oberst von Reuter manegels Verurteilung der Zivilgewalt sich unbefugt die polizeiliche Exekutivgewalt angeeignet hat. Sie kann schon heute verneint werden, nachdem selbst der Vertreter der Anklagebehörde sie mit „nein“ beantwortete auf Grund des Entlassungsmaterials, wodurch der Beweis des Verlegens erbracht worden ist, und das dem Anklagevertreter als feste Unterlagen für den Freispruch diente. Nicht nur subjektiv sondern objektiv mußte die Handlungsweise des Oberst von Reuter Verständnis finden, ebenso auch die Tatsache, daß er die Radfahrer im Pantanellengebiet festhielt und sie nicht sofort am späten Abend in das Bezirksgefängnis überführen ließ. Die Behauptungen des ersten ausbleibenden Beamten der Zaberner Polizei, der als Folge der Ueberführung der Demonstranten neue Unruhe und Ausschreitungen befürchtete, bei denen sicher Blut geflossen wäre, mögen als Beweis dienen. Außerdem wurde auch für diesen Punkt der Anklage die gefehlte Grundfrage des Militärgesetzes, das für alle preussischen Truppen gleichviel ob sie in Preußen oder in einem anderen Bundesstaate stehen, Geltung hat, angezogen. Wenn also resumierend die Handlungsweise des Obersten von Reuter gerechtfertigt wird durch das Verlagen der Zivilgewalt einerseits und die Tatsache, daß es auf legaler Grundlage geschah andererseits, so ist das Vorgehen der Offiziere begreiflich, weil sie den Befehl des Vorgesetzten auszuführen hatten. Sind Uebergriffe vorgekommen, so sind sie auf eigenes Verschulden für einen passiven oder aktiven Widerstand gegen die Staatsgewalt, und das ist auch die Waffenmacht, zurückzuführen. Das Ergebnis im Prozeß von Reuter wird alle Deutschen mit Genugthuung erfüllen, die auf der Basis unbedingter Gerechtigkeit unparteiisch ihr Urteil fällen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Ein Festmahl beim Kronprinzen.

w. Berlin, 8. Jan. Gestern Abend waren bei dem Kronprinzen sämtliche Oberpräsidenten zur Tafel geladen: v. Windheim, v. Jagow, v. Waldow, Dr. Schwarzkopff, Dr. v. Guenther, v. Graf, v. Hillem, Dr. v. Bengel, Prinz v. Ratibor, Hengstenberg, Freiberger v. Rheinbaben, Oberpräsident Graf v. Aldern-Boisdamm als Vertreter des Oberpräsidenten v. Conrad. Ferner waren geladen der Fürst zu Solms-Baruth und Polizeipräsident v. Raasow.

Der Knast in Südsibirien.

w. Johannesburg, 8. Jan. Das Verhalten der Ausländer in Südsibirien. Die Angehörigen von Braun-Hausen, die gestern den Streik beschlossen hatten, erwiderten zur Arbeit, erklärten aber, die Arbeit niederzulegen zu wollen, sobald sie dazu die Einwilligung von Präfektur erhielten.

w. Prag, 8. Jan. Die Angehörigen der Eisenbahnerverbände begaben sich heute nicht zur Arbeit.

heit. Die Polizei bemachte den Bahnhof und die Werkstätten und beschlagnahmte die Angestellten, von denen keiner schloß. Der Eisenbahnerstreik ist normal.

Die Entwicklung auf dem Balkan.

Ender Pascha an der Arbeit.

w. Konstantinopel, 8. Jan. Unter den in den Rubelstion vertriebenen Offizieren befinden sich der Arbeitsminister Osmani Rizami Pascha, der frühere Armeekommandant von Salomki Hassan Pascha und fast alle Generale, welche bei der Westarmee und der Ostarmee ein Kommando hatten. Der Verteidiger von Janina Essob Pascha wurde zum Kommandeur des dritten Korps, Schibbey zum Kommandeur der 22. Division in Hebräisch ernannt.

w. Konstantinopel, 8. Jan. Der oberste Rat des Kriegsministeriums ist aufgehoben worden.

Albanien.

w. Köln, 8. Jan. Ein Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“ meldet, daß der mißglückte Aufstand in Salona die in Aussicht genommene Entwicklung der albanischen Fürstentümer nicht fördern wird. Nach den vorliegenden Nachrichten hält Prinz Wilhelm zu Wied an der Anwartschaft fest. Die albanische Abordnung, die ihm den Thron anbietet, ist bereits unterwegs; sie wird demnächst empfangen werden.

Von Tag zu Tag.

— Das Ende eines Liebesverhältnisses. Frankfurt/Main, 8. Jan. (Priv.-Tel.) Heute morgen erfuhr der in der Doppelstraße 40 wohnhafte Major Rudolf Kleinwort aus Redarum die 39 Jahre alte Ehefrau seines Vorgesetzten, des Kaisers Ergie, mit der er wie aus einem von ihm hinterlassenen Briefe an den Ehemann hervorgeht, ein Liebesverhältnis angeknüpft hatte. Er drang heute früh während Frau Ergie noch schlief in ihr Zimmer ein und überließ sie durch zwei Schüsse in die linke Schläfe und die Herzgegend. Daraus brachte er sich selbst einen Schuß in die rechte Schläfe bei und verlegte sich tödlich. Nachher, denen das lange Geschloß der Wohnung aufschloß, verhandelte die Polizei und ließ den Leichnam auf dem Boden liegen, die Frau im Bette tot vor. Die Staatsanwaltschaftliche Untersuchung ist eingeleitet.

— Zur Nordafrikaner Tripoli-Expedition. Die Offiziere Tripoli-Expedition, die angeblich in Kairo den Befehl ihres Gatten erlosch, wird unter Anführung des Leutnants von der Schwarzgerichte in Oualia gefesselt werden, falls die künftige Beobachtung nicht Unverantwortlichkeit feststellt. Bis jetzt wurden schwere hässliche und neuanheimliche Schreie beobachtet.

— Nach Genau eines Schlafmittels gestorben. Schneverdingen, 7. Jan. Unter ungewöhnlichen Umständen ist am 2. Januar die Witwe des am 8. August in Hohensalzhof bei Berlin verunglückten Ritters Broofs gestorben. Die Jungvermählte Frau Broofs, geborene Büschmann, eine Gutsbesitzerin von hier, hatte mit ihrem Manne in sehr glücklicher Ehe gelebt und wurde wegen des Todes ihres Mannes allgemein bedauert. Sie hatte nach dem Kontrakt ihres Gatten, dessen Namen sie verwirren war, nämlich unter Schlafmittel zu leiden. In einer ausmündigen Apotheke soll der Same nun vertrieben sein, ein solches Schlafmittel ein härteres Mittel ausgeschrieben worden sein. Nach dem Genusse desselben in Bonn a. Rh. ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, in den Tod hinstreckend. Die junge Frau hat ein Alter von nur 36 Jahren erreicht und wird morgen beigesetzt. Die vom Gericht angeordnete Untersuchung soll, wie beabsichtigt, mitgeteilt wird, leider befristet haben, daß bei Aufklärung des Mittels ein Bericht unterlaufen ist.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Queidersbach, 7. Jan. In dem

Mord an dem Lehrer Wesner wird noch berichtet: Die Tat ist mit genöthiger Viehsicherheit ausgeführt worden. Der zur Stelle ruhende Landwirth Arzt äußerte sich beim Anblick der Schädelverletzung, so etwas habe er noch nicht gesehen. Das rechte Auge war herausgeschlagen. Nase und obere rechte Gesichtshälfte waren ganz weggeschlagen und der Schädel durch und durch zertrümmert, sodass der Hieb offensichtlich mit gewaltiger Wucht und in der offensichtlichen Absicht, tödlich zu wirken, geführt worden sein muß. Ueber die Ursache der historischen Tat ist immer noch nichts Bestimmtes zu erfahren. Es scheint, als hänge sie doch mit dem Amt des Lehrers als Gemeindeführer zusammen. In der Straßerschen Wirtschaft nämlich, in der sich Lehrer Wesner mit dem Bürgermeister Hochheim an dem Abend abgab, fand an diesem Abend ein heftiger Disput darüber statt, daß die Arbeiter im Dorfe durch die Anlagen angeblich mehr belastet seien als die Bauern und daß daran der Lehrer als Gemeindeführer die Schuld trage. Die scheinbare Tat ist schon der dritte Mord in Queidersbach seit den letzten vierzig Jahren. Vor Jahren erst wurde der Polizeidiener von Queidersbach meuchlings erschossen. Der Täter kam mit einer Freiheitsstrafe davon. Einige Jahre früher wurde in Queidersbach ein junger Mann ebenfalls erschossen. Der Mörder erhängte sich damals im Gefängnis noch vor dem Verhör. Ueberhaupt sind Verwalteten von mehr oder weniger scharfer Art in dem Orte keine Seltenheit. Erst vor einigen Wochen war dort eine erbitterte Schlägerei, bei der einer der Beteiligten durch einen Stich in die Lunge lebensgefährlich verletzt wurde.

— Lampertheim, 6. Jan. Unter Berücksichtigung der im letzten Jahre verzeichneten Zu- und Abgänge und des sich ergebenden Geburtenüberschusses über die Sterbefälle zählt unsere Gemeinde einisch. Hätten sich am 1. Jan. 1914 = 11 650 Einwohner. Seit der letzten Volkszählung ergibt sich eine Zunahme von rund 1300 Einwohnern.

Handels- und Industrie-Zeitung

Der Reichsstempel auf Versicherungen.

Nach Tarif Nr. 12 des Reichsstempelgesetzes vom 3. VIII. 1913 wird vom 1. Oktober d. J. ab eine die Besitzsteuer ergänzende Reichsabgabe von Versicherungen und zwar der Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Glas-, Transport- und Lebensversicherung erhoben.

Gegenstand dieser Abgabe, mit welcher die in den Versicherungen enthaltenen Vermögenswerte getroffen werden sollen, sind alle Beurkundungen über die Zahlung des Entgelts (Prämien, Beiträge, Vor- oder Nachschüsse, Umlagen) für die Übernahme von Versicherungen, welche im Inlande (d. h. im Reichsgebiet) befindliche Gegenstände betreffen, oder mit Personen abgeschlossen sind, die im Inlande ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben.

Dem Reichsstempel unterliegen daher nicht Versicherungen mit ausländischen Versicherungsnehmern über im Auslande befindliche Gegenstände.

Zwecks Vereinheitlichung der bisher mannigfaltigen und deshalb häufig empfundenen Gesetzgebung dürfen künftig weitere Stempelabgaben (vom Rechtsverkehr) seitens der einzelnen Bundesstaaten weder von diesen Beurkundungen noch von sonstigen Urkunden über Versicherungen, z. B. Anträge auf Abschluß oder Verlängerung einer Versicherung, Versicherungsscheine, Verlängerungsscheine usw. sowie von den nach Tarifnummer 12 berechneten Versicherungszweigen erhoben werden.

Dagegen dürfen landesgesetzliche Gebühren für Amtshandlungen, die aus Anlaß einer Versicherung erforderlich werden — als Ersatz amtlicher Mühewaltungen und Kosten — nach wie vor zur Erhebung gelangen.

Die Reichsstempelabgabe unterscheidet sich von den Landesstempelabgaben vor allem dadurch, daß sie keine Versicherungsursundensteuer, sondern eine Abgabe ist, welche auf Grund einer über die (bei Übernahme der Versicherung) erfolgte Prämien-Zahlungsleistung auszustellende Beurkundung erhoben wird.

Die Steuerpflicht beruht also auf der Zahlung, nicht auf der Beurkundung; letztere bildet nur die Grundlage der Steuererhebung. Die Steuer ist daher zu entrichten, ohne an die Anfertigung bzw. Aufstellung dieser Beurkundung gebunden zu sein.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist jede sich auf einen Zeitraum, der nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gelegen ist, beziehende und nach diesem Termine erfolgende Prämienzahlung, auch wenn der Versicherungsabschluß in die Zeit vor dem 1. Oktober 1913 fällt, ferner jede nach dem 1. Oktober 1913 erfolgende Prämienzahlung, auch wenn die Prämie schon vorher fällig war, steuerpflichtig.

Was die Begriffe der einzelnen Versicherungsarten betrifft, so sind als Feuerversicherung alle Versicherungen unbeweglicher und beweglicher Gegenstände, z. B. auch das Vieh, gegen Feuersbrunst, Explosion, Blitzschlag etc. anzusehen.

Unter Lebensversicherung im Sinne des Reichsstempelgesetzes sind zu verstehen die Versicherungen auf den Lebensfall, also auch alle Invaliditäts-, Alters-, Aussteuer- und Militärdienstversicherungen.

Befreit sind: Rückversicherungen und Versicherungen, bei welchen die Versicherungssumme den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt. Bei Rentenversicherungen gilt als Versicherungssumme der Kapitalpreis und in Ermangelung eines solchen der zehnte Teil des Betrages.

Wenn auch grundsätzlich für die Feststellung der Befreiungsgrenze von 3000 M. jede einzelne Versicherung für sich in Betracht zu ziehen ist, so gelten doch alle von mehreren Versicherern (Versicherungsgesellschaften) für denselben Versicherungsnehmer übernommenen Versicherungen, sowie die Gesamtheit der innerhalb eines Abrechnungszeitraumes auf laufende Policen gewonnenen Versicherungen als eine einheitliche Versicherung.

Ferner werden bei Feststellung der Befreiungsgrenze die Versicherungssummen mehrerer gleichartiger von demselben Versicherungsnehmer bei ein und demselben Versicherer (Versicherungsgesellschaft) abgeschlossene Versicherungen zusammengerechnet.

Gleichartige Versicherungen sind solche, welche sich gegen die gleichen Gefahren, bei der Transportversicherung zugleich gegen das gleiche Interesse richten.

Ferner sind befreit ohne Rücksicht auf die Höhe der Versicherungssumme alle anderen als die oben genannten vier Versicherungsarten, insbesondere Versicherungen nach Maßgabe der Reichsversicherungsordnung (Sozialversicherung), des Versicherungsgesetzes für Angestellte oder der auf Grund berggesetzlicher Vorschriften errichteten Knappschaftskassen.

Versicherungen von Bodensäten und Arbeitern gegen Todesfall oder Körperverletzung in Oerwerbberufen, Krankenversicherungen, soweit sie nicht unter die Lebensversicherungsart fallen, Arbeitslosen- und Stellenlosigkeitversicherungen, Hagel- und Viehversicherungen, Unfall- und Haftpflichtversicherungen.

Die Abgabe beträgt bei der Feuerversicherung (Versicherung gegen Brand, Explosion, Blitzschlag und dergleichen), soweit sie betrifft

1. bewegliche Gegenstände, bei Versicherungen
 - a) von einjähriger oder mehr als einjähriger Dauer, für jedes Jahr 15 Hundertstel vom Tausend der Versicherungssumme und zwar in Abstufungen von 0,15 M. für je 1000 Mark;
 - b) von kürzerer Dauer, für jeden Monat 15/1000 von 0,015 M. (d. h. 1 1/2 Pennig) für je 1000 Mark oder einen Bruchteil dieser Beträge.
2. unbewegliche Gegenstände (die mit dem Grund und Boden fest verbundenen Gegenstände bzw. die für Zwecke eines bestimmten Gebäudes besonders geschaffen und mit denselben fest verbundenen Maschinen) bei Versicherungen

- a) von einjähriger oder mehr als einjähriger Dauer, für jedes Jahr 1 Zwanzigstel vom Tausend der Versicherungssumme u. zwar in Abstufungen von 0,05 M. für je 1000 Mark;
- b) von kürzerer Dauer, für jeden Monat 1 Zweihundertstel von 0,05 M. für je 10000 Mark oder einen Bruchteil dieser Beträge.

Die Abgabe wird für den Zeitraum berechnet, auf den die Zahlung des Versicherungsentgelts sich bezieht; es sind also auch prämienvfreie Jahre steuerpflichtig. In den Fällen a) gilt jeder Bruchteil des zweiten oder ferneren Jahres als volles Jahr, in den Fällen b) jeder Bruchteil eines Monats als voller Monat.

Bei der Einbruchdiebstahl- und Glasversicherung 10 von Hundert des gezahlten Entgelts (Barprämie, d. h. die um die Dividende gekürzte „Zurückprämie“) in Abstufungen von 0,10 M. für je 1 M. oder einen Bruchteil dieses Betrages.

Bei der Transportversicherung, und zwar

1. bei der Kasko- und Baurisikenversicherung 1/2 von Hundert;
2. bei sonstigen Versicherungen, ausgenommen Transport-Versicherungen, welche Münzen, edle Metalle oder Wertpapiere betreffen (Valorenversicherung) und welche befreit sind, 1 von Hundert des gezahlten Entgelts (Barprämie) in Abstufungen zu Ziffer 1 von 0,05 Mark für je 10 Mark, zu Ziffer 2 von 0,10 M. für je 10 M. oder einen Bruchteil dieses Betrages.

Bei der Lebensversicherung (Kapital- und Rentenversicherung) einschließlich der Versicherung auf den Lebensfall (Invaliditäts-, Alters-, Aussteuer-, Militärdienstversicherung und dergleichen) 1/2 von Hundert des gezahlten Entgelts (Barprämie) in Abstufungen von 0,05 Mark für je 10 Mark oder einen Bruchteil dieses Betrages.

Bei Berechnung der Abgabe sind die Pfennigbeträge der Schlussumme so abzurunden, daß sie durch 10 und sowie kleinere Einheitsätze erhoben werden, durch 5 teilbar sind.

Aus Vorstehendem erhellt, daß bei der Feuer- und Lebensversicherung die in denselben verkörpert Werte steuerlich erfüllt werden, indem die Abgabe bei ersterer nach der Versicherungssumme, während sie bei den anderen Versicherungsarten nach der Prämie berechnet wird.

Die Grundlage für die Besteuerung der Versicherungen beruht auf den seitens der Versicherer oder ihrer Bevollmächtigten (Agenten) zu fertigenden und der Steuerstelle vorzulegenden Aufstellungen, die außer dem Zahlungsbetrag den Gegenstand und die Art der Versicherung, die Nummer des Versicherungsscheins (Police), die Versicherungssumme und, soweit es zur Berechnung der Abgabe erforderlich ist, den Zeitraum angeben müssen, für welchen die Zahlung geleistet wird. Wird die Aufstellung von einem von mehreren Verpflichteten angefertigt oder vorgelegt, so ist der andere von der Verpflichtung befreit. Die Abgabe, welche mit Vorlegung der Aufstellung fällig wird, ist bar zu entrichten.

Während der Versicherungsnehmer der Abgabenschuldner ist, ist die Abgabe, zu dessen Lasten von dem Versicherer oder seinem Bevollmächtigten zu zahlen in Fällen, in denen sie durch die Dauer der Versicherung bestimmt wird, für den Zeitraum, auf den die Zahlung des Versicherungsentgelts sich bezieht. Wenn der Versicherer im Inlande keinen Wohnsitz, auch keinen inländischen Vertreter hat, so ist der Versicherungsnehmer verpflichtet, binnen 14 Tagen vor jeder Prämienzahlung Anzeige zu machen. Es ist dem Versicherer überlassen, ob er die Abgabe selbst entrichten oder deren Entrichtung dem Bevollmächtigten (Agenten) überlassen will. Im letzteren Falle, in dem der Versicherer bei der Steuerbehörde Anzeige zu machen hat, trifft den Bevollmächtigten auch die strafrechtliche Verantwortlichkeit sowohl für die Aufstellung als auch für deren Versteuerung. Im Falle sich an einer Versicherung mehrere Versicherungen beteiligen, ist die Führung eines gemeinsamen Stempelbuchs, eventuell durch eine besondere Vertrauensperson, zugelassen worden.

Für öffentliche Versicherungsanstalten können auf Antrag Abweichungen bestimmt und als Ersatz für das ordentliche Erhebungsverfahren gestattet werden, daß die Abgabe auf andere Weise als im Anschlusse an die Aufstellungen entrichtet wird, indem die über die Versicherungen geführten Bücher oder Listen verwendet und die Abgabe nach dem Solibetrag bis zu vierteljährlichen Perioden entrichtet wird, oder das sie nach dem Ergebnis des letzten Geschäftsjahreschlusses in monatlichen Raten berechnet, eingezahlt und längstens nach Jahresabschluss zur Abrechnung gelangt.

Die Nichterfüllung der Steuerpflicht wird mit einer Geldstrafe, welche dem fünf- bis zwanzigfachen Betrage der vormaligen Abgabe gleichkommt, mindestens aber 20 Mark beträgt und, wenn der Betrag der vormaligen Abgabe nicht festgestellt werden kann, mit einer Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft. Der Nichterfüllung der Steuerpflicht wird gleichgesetzt, wenn die Anfertigung der Aufstellung oder die Anzeige an die Steuerbehörde unterlassen oder hierbei unrichtige Angaben gemacht werden, die geeignet sind, die Abgabe zu verkürzen.

Die Zahlung des Entgelts für Versicherungen, die in der Zeit vom 1. April 1913 bis 30. September 1913 geleistet wird, unterliegt der Abgabepflicht soweit sie sich ganz auf die Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes bezieht. Eine Versicherung, die beispielsweise auf die Zeit vom 1. August 1913 bis 31. Juli 1914 abgeschlossen ist, ist abgabefrei hinsichtlich der ersten Jahresprämie, soweit sie vor dem 1. Oktober 1913 bezahlt worden ist. Ist aus Anlaß einer von der Rückwirkung betroffenen Prämie eine Landesabgabe bereits entrichtet, so wird deren Betrag auf die Rückabgabe angerechnet. Der Anspruch auf Zahlung der nach diesem Gesetze zu entrichtenden Abgaben verjährt in 5 Jahren. In Beziehung auf die Verpflichtung zur Entrichtung der in diesem Gesetze festgestellten Abgaben ist der Rechtsweg zulässig.

Öffentliche Finanzen.

Neue Dortmunder Stadtanleihe.

Wie wir hören, sind 8 Millionen M. 4proz. Dortmunder Stadtanleihe zu knapp 93 Prozent von einem Bankenkonsortium übernommen worden. Sie sollen freihändig zu etwa 94 Prozent zum Verkauf gelangen.

Sproz. Chinesischer Sebatobonds.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, soll die diplomatische Verständigung zwischen Belgien und China betr. der von der Antwerpener Banque de Reports geplanten Emission chinesischer Sproz. Schatzbonds zustande gekommen sein. Die Emission findet in Antwerpen und Brüssel statt. Der Zeichnungskurs wird 99,5 Prozent betragen.

Geldmarkt, Bank- und Börsenwesen.

Diskontomäßigung der Bank von England.

Die starke Erleichterung auf dem internationalen Geldmarkt hat zu der bereits bestimmt erwarteten Diskontomäßigung der Bank von England geführt. Wir erhalten hierzu folgendes Telegramm: w. London, 8. Jan. Die Bank von England ermäßigte den Diskont auf 4 1/2 Prozent.

Vereinigung Darmstädter Banken und Bankiers.

Die Vereinigung Darmstädter Banken und Bankiers machen bekannt, daß sie die Zinsvergiftung aus Scheckkonto bis auf weiteres auf 25 Prozent festgesetzt haben. Für Gelder mit bestimmter Kündigungsfrist bleibt besondere Vereinbarung vorbehalten.

Postscheckverkehr im Dezember.

Im Reichspostgebiet ist die Zahl der Kontoinhaber im Postscheckverkehr Ende Dezember 1913 auf 86 000 gestiegen (Zugang im Monat Dezember 1044). Auf diesen Postscheckkonten wurden im Dezember 1913 gebucht 1652 Mill. M. Gutschriften und 1650 Mill. Mark Laatschriften. Das Gesamtgut haben der Kontoinhaber betrug im Dezember 1913 durchschnittlich 201,4 Mill. M. Im Verkehr der Reichspostscheckmittel mit dem Postsparkassenamt in Wien, der Postsparkasse in Budapest, der belgischen und luxemburgischen Postverwaltung sowie schweizerischen Postscheckbüros wurden 3,8 Mill. M. umgesetzt und zwar auf 3450 Uebertragungen in der Richtung nach und auf, 18180 Uebertragungen in der Richtung aus dem Auslande.

W. C. Neuinvestitionen im Bankgewerbe.

Das Jahr 1913 wird den Banken wahrscheinlich im Gedächtnis bleiben. Selbst wenn man bis zum Jahre 1906 zurückgeht, stand die Unternehmungslust niemals auf so niedrigem Niveau als im abgelaufenen Kalenderjahre. Die im Jahre 1913 für Neugründungen und Kapitalerhöhungen angeforderten Mittel zusammen betragen gerade nur die Hälfte der im Vorjahre allein für Kapitalerhöhungen verwendeten Gelder. Wie sehr die Summe der im Jahre 1913 vorgenommenen Neuinvestitionen hinter den entsprechenden Vergleichsziffern der Vorjahre zurückbleibt, wird aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Jahr	Neugründungen	Kapitalerhöhung.	Summe der Reinvestitionen.
	in Millionen Mark		
1906	168,23	0,91	169,14
1907	31,77	146,46	178,23
1908	32,56	70,09	102,75
1909	44,60	149,01	193,62
1910	24,65	166,29	190,94
1911	21,35	183,76	205,11
1912	50,23	140,90	191,13
1913	19,22	51,57	70,79

Die Höhe der Neugründungen bleibt um 31,01, der Umfang der Kapitalerhöhungen um 89,33 Mill. Mark unter dem entsprechenden Niveau des Jahres 1912. Insgesamt hat die Summe der im Jahre 1913 erfolgten Neuinvestitionen gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang von 120,34 Millionen Mark erfahren.

Frankfurter Effektenbörse.

Frankfurt a. M., 8. Jan. Ist auch das Geschäft immer noch kein lebhaftes, so zeigt sich doch Interesse für einzelne Papiere. Es lagen der Börse heute nur bessere Nachrichten vor, welche allerdings zu einer lebhafteren Bewegung nicht führten. Die preußische Titrorede anlässlich der Eröffnung des Landtags machte hinsichtlich der Staatsfinanzen einen guten Eindruck. Die Ziffern der Rohisenzeugung in Deutschland u. Luxemburg lassen eine weitere Besserung erkennen. Etwas hemmend wirkten die unendlichen Wiener politischen Meldungen über den Stand der Frage der ägäischen Inseln. Da aber die Wiener Vorbörsen eine freundlichere Stimmung zeigte, so wurden die in Betracht kommenden Werte vereinzelt etwas besser bezahlt. Heimische Bankaktien sind gut behauptet, Diskontofest. Transportwerte ruhig, amerikanische Bahnen stiller, Baltimore-Ohio fester bis 89% bez. Schantungsbahn etwas lebhafter, Schiffahrtsaktien gut behauptet. Paketfahrt mäßig höher. In Elektrizitätswerten war die Kauffebewegung weniger lebhaft. Schuckert schwächten sich ab, auch Siemens und Halske angeboten. Auf dem Gebiet der Montanpapiere wurden Phönix und Luxemburger höher bezahlt. Interesse bestand für Gelsenkirchen. Heimische Renten waren meist behauptet, die Anleihen der Bundesstaaten zeitweise besser. Fremde Fonds lagen überwiegend still. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung fest.

Von chemischen Werten waren Badische Anilin fest, Höchster 3 Prozent niedriger. Maschinenfabriken schwächten sich vereinzelt ab. Die Hoffnung auf eine Ermäßigung der englischen Bankrate hat sich erfüllt. Der Diskont wurde um 1/2 Prozent auf 4 1/2 Prozent herabgesetzt.

Im weiteren Verlauf wurde das Geschäft ruhig, erwähnenswert sind unter anderen Papieren bei fester Tendenz Montanpapiere. An der Nachbörse Elektrizitätswerte mäßig anziehend. Es notierten Kredit 203 1/2, Disconto-Kommandit 185, Dresdner 153 1/2, Staatsbahn 154 1/2, Lombarden 22 1/2, Baltimore und Ohio 89 1/2, Privatkassent 33 1/2 Prozent.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 8. Jan. Für Weizen zeigte sich heute eine etwas bessere Nachfrage, sodaß Mai und Juli eine Aufbesserung um 0,50 M. erfahren. Roggen lag behauptet. Hafer, Mais u. Rüböl la. ruhig und es kamen darin keine Notierungen zustande. Wetter: Schneegestöber.

Berlin, 8. Jan. Bei Eröffnung zeigte die Börse ein ziemlich gutes Aussehen. Das Geschäft war jedoch nach wie vor überwiegend professionell, da sich die sehnlichst erhoffte regere Anteilnahme des Publikums noch immer nicht einstellen will. Montanwerte, die schon mit leichten Besserungen eingezettelt hatten, vermochten später vereinzelt noch weiter anzuziehen, so namentlich Bochumer Gußstahl und Gelsenkirchen.

Dies war einstweilen auf die fortschreitende Befestigung am Stabisenmarkt zurückzuführen, wie auch darauf, daß das Blatt Iron Age in seinem Wochenbericht die schon von anderer Seite signalisierte Wendung zum Bessern am amerikanischen Eisenmarkt bestätigt; zum andern machte der Passus in der Titrorede, in dem seitens der preussischen Staatsbahnverwaltung erhebliche Forderungen zum Ausbau und zur besseren Ausrüstung des Staatsbahnetzes angefordert werden, recht guten Eindruck, wie überhaupt die Titrorede namentlich hinsichtlich der Hervorhebung der Gesundheit der preussischen Staatsfinanzverhältnisse eine beifällige Beurteilung fand.

Für die Kursgestaltung von Kanadas und Baltimore-Aktien erwies sich der gestrige Verlauf von New York als günstig. Letztere setzten eine Erholung um über 1 1/2 Prozent durch. In sonstigen internationalen Werten war die Kursveränderung ohne Belang. Hinsichtlich des albanischen Problems zeigte man sich heute weniger beunruhigt, da ja auch Wien gut behauptet blieb. Man ging darüber zur Tagesordnung über. Elektrizitäts- und Schiffahrtswerte wurden heute verschiedentlich realisiert. Von Rentenwerten Otavi höher umgesetzt. In Erwartung eines günstigen Quartalsberichtes Vor der Börse wartete man mit Spannung die Nachricht ab, ob die in Aussicht stehende Diskontomäßigung der Bank von England erfolge. Tägliches Geld 2 1/2—2 Prozent und darunter, vereinzelt auch 1 1/2 Prozent. Seehandlung unverändert.

Die Meldung von der Ermäßigung der englischen Bankrate auf 4 1/2 Proz. verursachte verschiedentlich Belegung des Geschäfts bei aufwärtsstrebenden Kursen. Die kursmäßige Wirkung der Diskontierabsetzung hielt aber nicht lange vor. Die Umsätze schwächten sich infolge von Realisationen wieder ab, so daß verschiedentlich wieder der gestrige Schluß erreicht wurde. Junge und jüngste Erdölaktien wurden mit Hinblick auf die bevorstehende Amsterdamer Einführung im freien Verkehr stark gehandelt. Privatkassent 3 1/2 Proz.

Handel und Industrie.

Getreide-Kommission A. G. in Düsseldorf.

Die Gesellschaft hat sich in dankenswerter Weise darum bemüht, die starken Telegrammverzögerungen im Verkehr mit Südrussland zu beseitigen. Sie hat an verschiedene russische Ministerien ausführliche Eingaben gemacht, in denen besonders darauf hingewiesen wurde, daß die russische Volkswirtschaft durch diese Verhältnisse stark benachteiligt werde, da die Kabelverbindungen der überseeischen Getreideausfuhrländer im allgemeinen schneller und besser funktionieren. Es sind ihr darauf vom Direktor des Handelsdepartements des Kaiserlich Russischen Ministeriums für Handel und Industrie und vom Conseil des Congrès des représentants des Bourses et de l'Agriculture zustimmende Antworten geworden, die sie uns freundlichst zur Verfügung stellt. Nachstehend drucken wir den Brief des Russischen Ministeriums 160 Handel und Industrie ab:

St. Petersburg, den 16. Dez. 1913.
Getreide-Commissions-Aktiengesellschaft
Düsseldorf.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 20. September a. c. teil Ihnen das Handelsdepartement des Kaiserlich Russischen Ministeriums für Handel und Industrie mit, daß der Inhalt Ihres Schreibens dem Minister des Innern übergeben wurde, mit dem Eruchen, den von Ihnen angezeigten Missetänden im Telegrammverkehr besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Das Ministerium des Innern teilt jetzt mit, daß den Cheln der betreffenden Post- und Telegraphenbezirke vorgeschrieben wurde, die strengste Maßregel vorzunehmen zum Zweck der Beseitigung des Telegrammverkehrs zwischen Südrussland und Deutschland.

Außerdem sind zu demselben Zwecke technische Maßregel vorgenommen; unter anderem wird eine Leitung gebaut von Rostow-am-Don über Iaganrog zu Makedewka und im nächsten Jahr ist es beabsichtigt, eine Leitung von Iaganrog zu Debalezowo zu führen.

Ferner wird es geplant, den Telegrammverkehr zwischen Rostow-am-Don und Odessa und Warschau zu verbessern durch Anwendung der Apparate Murray's; auch hat die russische Regierung die Absicht, im Einvernehmen mit der deutschen Regierung einen direkten Verkehr zwischen Berlin und Rostow-am-Don herzustellen durch Einrichtung einer direkten Leitung zwischen diesen beiden Städten.

Direktor des Handelsdepartements des Kaiserl. Russischen Ministeriums für Handel und Industrie: ger. W. Sibilleff.

Süddeutsche Mühlenvereinigung und Mehlhandel.

Die Frk. Ztg. schreibt: Die süddeutsche Mühlenvereinigung hat, auch nachdem ihr vor etwa Jahresfrist die Frankfurter Mühlen beigetreten sind, noch immer einige Außenseiter, deren Konkurrenz sie bei der weitgehenden Kontrolle des Mehlmarkts in ihrem Absatzgebiet gelegentlich störend empfindet. Jetzt will man diesen Anschluß auf eine Weise zu erreichen suchen, der als recht bedenklich bezeichnet werden muß. Wie wir hören, sind Verhandlungen im Gange, die Mehlhändler für eine Vereinbarung mit der süddeutschen Mehlvereinigung zu gewinnen, wonach sich die Mehlhändler

zu verpflichten hätten, nicht unter einem von dem Syndikat festzusetzenden Minimalpreise zu verkaufen, das den Händlern einen Gewinn von etwa M. 1 für den Doppelzentner lassen würde, wobei die Händler aber auch gleichzeitig die Verpflichtung einzugehen hätten, das Mehl ausschließlich von der Mühlenvereinigung angehörenden Mühlen zu beziehen. Das Mühlen Syndikat bietet neben dem festen Händlergewinn von M. 1 noch eine Umsatzprämie und den Verzicht, nicht mehr direkt an Bäckervereinigungen zu verkaufen; es kann sich aber nicht entschließen, auch auf den direkten Verkauf an einzelne große Konsumenten zu verzichten, obwohl dies vom Handel als seine Interessen sehr stören empfunden wurde. Die Mühlenvereinigung liefert z. B. nach Hamburg, das nicht zum geschützten Absatzgebiet gehört, Mehl bis etwa 75 Pf. billiger als nach Süddeutschland und ermöglicht durch diesen Preisvorsprung Hamburger Abnehmern, den süddeutschen Mehlhändlern in deren Absatzrayon Konkurrenz zu machen. Mittels der Verpflichtung, die die Mehlhändler übernehmen sollen, künftig ausschließlich von der Vereinigung angehörenden Mühlen zu beziehen, hoffen letztere zwei Zwecke zugleich zu erreichen: einmal die außenstehenden Mühlen zum Anschluss an das Syndikat zu zwingen, weil diese Outsider fürchten müssen, nicht mehr genügenden Absatz für ihre Fabrik zu finden, und dann die seither immer noch innerhalb gewisser Grenzen bestehende Freiheit des Mehlhandels völlig zu vernichten und diesen ganz in Abhängigkeit von den Mühlen zu bringen. Den Händlern ist es unter den jetzigen Verhältnissen möglich, entweder auf Grund früherer Einnahmen zu niedrigen Preisen oder, falls sie den Mehlpreis für zu hoch halten und nach der Lage des Getreidemarktes und der Absatzverhältnisse auf eine Abschwächung der Mehlpreise rechnen, Mehl billiger abzugeben als die Mühlen auf Grund ihrer jeweiligen Preisfestsetzungen. Diese Freiheit, die natürlich auch Auswüchse zeitigen kann, erscheint immerhin als etwas sehr Nützliches für die Konsumenten schon deshalb, weil sie das einzig mögliche Korrektiv gegenüber einer breiten Vollschichtigen tendenz ev. rigorosen Preispolitik der Vereinigung darstellt. Wenn die Preispolitik der organisierten Mühlen seither im allgemeinen keinen Anlaß zu Klagen gegeben hat, so ist dies gerade dem Umstand zu danken, daß sie bei etwa zu hoch gehaltenen Preisen bald die Kontrolle über den Markt verlieren und an Absatz zugunsten von Außenseitern einbüßen würden. Es müßte daher bei der Syndizierung des wichtigsten Volkswirtschaftsmittels die schweren Bedenken wecken, wenn die Mühlen ihre seitherigen Außenverhältnisse zum Anschluß zwingen und alsdann die verfallene Syndikatsmacht zu einer Preisfestsetzung benötigen würden, der gegenüber der Handel vollständig willenlos dastünde und der Konsum der Diktatur unterworfen ist. Obwohl, wie wir hören, die Mannheimer Mehlhändler, die in ihrer überwiegenden Mehrheit seither schon ihren Bedarf zu meist von den „Ringmühlen“ kaufen, geneigt sein sollten, auf die Vorschläge der Vereinigung einzugehen, glaubt man doch, daß das Projekt an dem Widerstand anderer Händlergruppen, darunter auch der Frankfurter, scheitern werde. Die Interessen der großen Händler und mittlerer und kleinerer gehen bei Beurteilung der Frage auseinander; denn den großen Händlern mit gesicherter Abnehmerkraft winkt außer dem festen Zwischen-Gewinn von M. 1 noch eine gestaffelte Umsatzprämie, während den kleineren Händlern der Rabatt „n“ weniger großes Äquivalent für die Aufgabe ihrer Handelsfreiheit bietet. Die Erfahrungen, die man reichlich genug mit anderen großen geschlossenen Syndikaten, die wichtige Produkte beherrschen, (Kohlensyndikat, Spirituszentrale, neuerdings einzelne Textilkonventionen usw.) gemacht hat, sprechen eine zu eindringlich warnende Sprache, um nicht schon in dem jetzigen Stadium von Verhandlungen zwischen den Mühlen und den Mehlhändlern, energisch vor den möglichen Konsequenzen zu warnen. Die Mühlenorganisation wurde geschaffen, um eine Besserung der teilweise schwierigen Lage durch Befreiung von Mißständen, durch Gesundung der Kreditverhältnisse usw. herbeizuführen. Dieser durch privatwirtschaftliche Rücksichten gestellten Aufgabe dürften aber unter keinen Umständen weit größere volkswirtschaftliche Interessen geopfert werden und deshalb sollte die Mühlenvereinigung selbst darauf verzichten, die geschilderten Projekte weiter zu betreiben, wenn sie nicht das Odium des Syndikalismus auf sich laden will.

Deutsche Rohisenerzeugung.

Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Rohisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Dezember 1913 insgesamt 1 609 680 t gegen 1 587 288 t im November 1913 und 1 566 025 t im Dezember 1912. Die tägliche Erzeugung belief sich auf 51 925 t im Monat Dezember 1913 gegen 52 910 t im November 1913 und 50 517 t im Dezember 1912. Die Erzeugung verteilte sich auf die einzelnen Sorten, wie folgt, wobei in Klammern die Erzeugung für 1912 angegeben worden ist: Gießerei-Rohisen 306 004 Tonnen (294 324 t), Bessemer-Rohisen 36 962 t (36 829 t), Thomas-Rohisen 1 012 766 t (984 233 t), Stahl- und Spiegeleisen 221 267 t (211 307 t) und Puddelrohisen 32 621 t (39 332 t). Die Erzeugung während des ganzen Jahres 1913 stellte sich auf 19 291 820 t gegen 17 868 909 t im Vorjahr. Verglichen mit den Vorjahren, stellt sich die Rohisenerzeugung wie folgt (in Tonnen):

	1909	1910	1911	1912	1913
Januar	1 021 721	1 177 574	1 250 065	1 395 493	1 609 714
Februar	949 667	1 001 351	1 170 106	1 337 134	1 492 511
März	1 073 116	1 250 184	1 322 114	1 424 076	1 628 190
April	1 047 197	1 202 317	1 285 390	1 473 359	1 587 200
Mai	1 090 467	1 201 735	1 312 255	1 463 616	1 641 646
Juni	1 067 421	1 219 071	1 262 997	1 452 657	1 608 305
Juli	1 091 659	1 228 316	1 290 106	1 468 071	1 647 718
August	1 106 671	1 262 804	1 285 942	1 467 448	1 638 332
September	1 068 345	1 232 472	1 259 762	1 479 264	1 589 107
Oktober	1 113 763	1 291 179	1 334 941	1 633 339	1 851 447
November	1 119 021	1 272 333	1 373 896	1 537 205	1 587 288
Dezember	1 164 024	1 207 084	1 280 657	1 566 025	1 609 680
Zusammen	12 917 053	14 795 325	15 557 630	17 896 548	19 291 820

Die Jahreserzeugung an Rohisen ist demnach im abgelaufenen Jahr wieder gewaltig gestiegen und hat mit 19,3 Mill. Tonnen eine bisher nicht gekannte Höhe erreicht. Noch vor fünf Jahren betrug sie nur 12,9 Mill. Tonnen, ist also seit dem Jahr 1909 um nahezu die Hälfte (49,3 Prozent) angewachsen. Die Steigerung des Jahres 1913 gegenüber dem Vorjahr stellte sich auf 1,39 Mill. Tonnen, eine Erhöhung, die allerdings hinter der des Hochkonjunkturjahres 1912 von 2,34 Mill. Tonnen weit zurückbleibt. Das Jahr 1911 hatte eine Erhöhung der Jahreserzeugung um 0,76 gegenüber dem Vorjahr und das Jahr 1910 eine solche um 1,88 Mill.

tonnen gebracht. Der Monat Dezember 1910 hat sowohl gegenüber dem Vormonat wie auch gegenüber dem Dezember 1912 ein Anwachsen der Rohisenerzeugung gebracht, bleibt aber mit seiner Ziffer hinter der des Monats Oktober 1913 zurück.

Bedeutender Auftrag der rumänischen Regierung an eine deutsche Firma.

Der „Deutschen Orient-Korrespondenz“ schreibt man aus Bukarest: Der Tiefbauaktiengesellschaft Julius Berger in Berlin ist der Bau des Lvortunnels übertragen worden, der zwischen dem Prachovale bei Sinaia und Moreni zur Erleichterung der Petroleumindustrie gebohrt werden soll. Die Bausumme beträgt 12 Millionen Francs. Der Bau war öffentlich ausgeschrieben worden und es hatten sich auch mehrere angesehenen Baufirmen um denselben beworben, doch konnte die öffentliche Verdingung wegen unzureichender Zugeständnisse der Reflektanten nicht zustande kommen, so daß schließlich die Regierung mit der bekannten Berliner Firma, deren Bewerbung auch von dem deutschen Gesandten Herrn von Waldhausen und von Vertretern der Deutschen Bank und der Diskontogruppe tatkräftig unterstützt wurde, privatim unterhandelte. Hierbei ist die Firma der Regierung weitgehend entgegengekommen, indem sie sich verbürgte, den Bau in 24 statt in 28 Monaten zu vollenden und die Instandhaltung des Tunnels drei Jahre hindurch (statt 1½ Jahre, wie im Bedingungsheft vorgesehen war) unentgeltlich zu versorgen. Für den Bau des Tunnels sind Installationen notwendig, die allein die Anwendung von 3 Millionen Francs erforderlich machen. Nach Vollendung des Tunnels will die genannte Firma für Rumänien eine Baugesellschaft gründen, die sich außer mit Tiefbauten auch mit dem Bau von zeitgemäßen Wohnhäusern befassen soll, um der in den größeren rumänischen Städten herrschenden Wohnungsnot ein Ende zu machen.

Konflikt zwischen Hapag und Lloyd.

Zwischen den beiden größten deutschen Schiffsahrtsinteressen bestehen seit geraumer Zeit Unstimmigkeiten, die teils in dem historischen Gegensatz der Hansastädte Bremen und Hamburg, teils aber in der Expansion der Hamburg-Amerikaner begründet sind. Der Konflikt zwischen Hapag und Lloyd droht weitere Kreise zu ziehen und einen scharfen Konkurrenzkampf in der nordatlantischen Schiffsahrt heraufzubeschwören. Die Ermäßigung der Raten für Zwischendeckpassagiere hat diesen Kampf bereits eingeleitet, weitere Maßnahmen werden folgen, wenn es nicht gelingt, in letzter Stunde ein Kompromiß zustande zu bringen. Herr Ballin, der im Rufe eines besonders routinierten Kaufmanns steht, zeigt augenblicklich wenig Neigung an den Poolverhandlungen, die am 21. Januar in Paris beginnen, teilzunehmen. Er verlangt, daß man seine ziemlich hohen Quotenforderungen von vornherein genehmigen und daß insbesondere der Lloyd seine Beteiligung am Auswanderergeschäft zugunsten der Hapag freiwillig um einige Prozent reduziere. Offenbar glaubt Herr Ballin, daß die übrigen Interessenten auf seine Teilnahme an den Verhandlungen nicht verzichten können und daß sie deshalb auf den Norddeutschen Lloyd einen entsprechenden Druck ausüben werden.

Versicherungswesen.

Deutscher Adler in Magdeburg, v. n. G.

Die schon lange bestehenden Versicherungskassen des Deutschen Privat-Beamten-Vereins sind durch Fusion zu einer einheitlichen großen Versicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit verschmolzen worden. Die neue Firma: Deutscher Adler in Magdeburg, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Vereinigte Versicherungskassen des Deutschen Privat-Beamten-Vereins, ist nunmehr vom Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung als großer Versicherungsverein zum Geschäftsbetrieb zugelassen und in das Handelsregister eingetragen. Der Deutsche Adler betreibt neben der Versicherung von Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten auch die große Lebensversicherung (Kapitalversicherung) zunächst bis zu einem Betrage von 10 000 M. Er wendet sich in erster Linie an die Angestellten und alle im privatwirtschaftlichen Erwerb stehenden Angehörigen des Mittelstandes (Kaufleute, Gewerbetreibende, Landwirte etc.) sowie auch an die freien Berufe. Der Abschluß von Versicherungen ist nicht mehr unbedingt von der Vereinsmitgliedschaft abhängig. Die neue Anstalt verfügt infolge der Übernahme der bisherigen Kassen des Deutschen Privat-Beamten-Vereins über den ansehnlichen Versicherungsbestand von 11 Millionen Mark Rentenversicherung und 7½ Millionen Mark Kapitalversicherung. Das Gesamtvermögen beträgt ca. 24 Millionen Mark, die Gewinnreserven der Versicherten ca. 4 Millionen Mark und die bisherigen Leistungen ca. 8 Millionen Mark. Die Verwaltung bleibt in Magdeburg im Verwaltungsgebäude des Deutschen Privat-Beamten-Vereins, Adolphstraße 21. Den Vorstand bilden Generaldirektor Schmelzer und Direktor Adler.

Warenmärkte.

Märkte und Messen im Großherzogtum Baden.

St.L.A. Karlsruhe, 31. Dezember. Zu dem vom Gr. Statistischen Landesamt zu Anfang des Jahres herausgegebenen Verzeichnis der Märkte und Messen im Großherzogtum Baden für 1914 werden nachfolgend die inzwischen bekannt gewordenen Veränderungen mitgeteilt:

Breisach: Rindviehmärkte finden statt: 28. Januar, 25. Februar, 25. März, 22. April, 27. Mai, 24. Juni, 22. Juli, 26. August, 23. September, 28. Oktober, 25. Nov. und 23. Dezember; Schweinemärkte finden statt: 2. Januar, 6. Februar, 6. März, 3. April, 1. Mai, 5. Juni, 3. Juli, 7. August, 4. September, 2. Oktober, 6. November und 4. Dezember.

Donaueschingen: Der Rindvieh- und Schweinemarkt wird nicht am 27., sondern am 28. Mai abgehalten.

Durlach: Mit den monatlichen Viehmärkten finden auch Pferdennmärkte statt.

Großsachsen bei Weinheim: Obstmarkt von der Zeit der Kirschenreife an bis zum 1. Oktober, Marktdorf bei Ueberlingen: Obstmarkt jeden Donnerstag in der Zeit von Mitte September bis Mitte November.

Meckesheim bei Heidelberg: Die Krämermärkte am 25. März und 8. September werden auf 13. April und 26. Oktober verlegt.

Möhningen bei Engen: Die Viehmärkte am 26. Oktober und 28. Dezember werden am 2. Nov. und 21. Dezember abgehalten.

Mosbach: Die Rindviehmärkte am 8. Januar, 3. und 24. Februar, 10. März, 1. September und 10. November werden nicht abgehalten.

Mudau bei Buchen: Der Krämermarkt wird nicht am 20. März, sondern am 19. März abgehalten.

Neckargemünd: Der Krämermarkt am 23. Februar und 24. Juni wird nicht abgehalten.

Neustadt: Die Viehmärkte am 14. April und 8. September werden nicht abgehalten.

Ottenheim bei Lahr: Schweinemarkt 14. und 28. Januar, 11. und 25. Februar, 11. und 25. März, 8. und 22. April, 13. und 27. Mai, 10. und 24. Juni, 8. und 22. Juli, 12. und 26. August, 9. und 23. September, 14. und 28. Oktober, 11. und 25. Novbr., 9. und 23. Dezember.

Radolfzell: Der Rindvieh- und Schweinemarkt am 6. und 20. Mai wird am 29. April und 13. Mai abgehalten.

Schönau: Krämermarkt findet am 29. Juni statt.

Schriesheim (Am Mannheim): Am 3. März findet neben Rindviehmarkt auch Pferdemarkt statt.

Mannheimer Produktenbörse.

n. Das Geschäft in Brotgetreide bewegte sich heute wieder in bescheidenen Grenzen, was hauptsächlich auf den noch immer schleppenden Mehlabsatz zurückzuführen ist. Die Preise haben indes nur unbedeutende Veränderungen erfahren. In Futtergetreide ist die Nachfrage um eine Nuance besser. Hafer findet nur in guten Qualitäten befriedigenden Absatz, während in mittleren und geringeren Qualitäten das Geschäft klein ist. Futtergerste ist ziemlich preisstabil, die Umsätze sind aber mäßig. Mais ist insbesondere vom La Plata billiger angeboten, die Unternehmungslust darin ist bescheiden. Im hiesigen offiziellen Kursblatt wurde die Notiz für Platamais um 0,15 M. per 100 kg bahntreier Mannheim ermäßigt, während die sonstigen Notierungen eine Aenderung nicht erfahren.

Vom Ausland werden angeblich die Tonne gegen Kasse n.f. Rotterdam: Welzen Lapins-Bleke-Blanca oder Barlots-Rasso 77 Kg. schwimmend M. 0,00,00-0,00, dito ungarische Aussen 70 Kg. p. Jan.-Febr. M. 1,56-1,56,50, dito ungarische Sesta Fe 70 Kg. p. Febr.-März M. 1,57,50-1,58, dito blaupelzig 70 Kg. p. Jan.-Febr. zu M. 0,00,00-0,00, Kanasa II Gold per prompt M. 1,58-1,59,50, dopt. Kanasa M. 1,62-1,62,50, Banatiba Kr. I per prompt M. 1,51,50-1,52, dito Nr. 2 per prompt M. 1,52,50-1,53, Uka 9 Pad 20-25 prompt M. 1,51-1,52, Uka 9 Pad 25-30 prompt M. 1,52,50-1,53, Krim-Achsa 10 Pad 5-10 schwimm. M. 1,60-1,60,50, Rumänier 70-75 Kg. nach Westor per prompt M. 1,55,50-1,56, Rumänier 70-90 Kg. nach Westor per prompt M. 1,57,50-1,58, Norddeutscher 77/79 Kg. Wiegend per prompt Verackungung M. 1,57,50-1,58.

Roggen, südrussisch, 8 Pad 10-15 prompt M. 1,12-1,12,50, dito 9 Pad 15-20 prompt M. 1,14-1,14,50, dito 9 Pad 20-25 per prompt M. 1,15,50-1,16, Norddeutsch. 70/74 Kg. per prompt M. 1,14-1,14,50.

Gerste russ. 50-60 Kg. per prompt M. 1,12-1,12,50, dito 50-60 Kg. per Januar M. 1,13-1,13,50, rumän. 50-60 Kg. per Januar M. 1,14,50-1,15, Donsk 60/61 Kg. per prompt M. 1,13,50 bis 1,14.

Maiz La Plata, gelb ryo forms schwimmend M. 1,05,50-1,06, per Januar M. 1,05-1,05,50, Donsk Galatz Fozaxian prompt M. 1,05,50-1,07, Gossas per prompt M. 1,06-1,06,50, Noworitsk 8. prompt M. 0,00-0,00, Mixed per prompt M. 0,00,00-0,00, Hafer, nordrussischer, 45-47 Kg. p. prompt M. 1,13,50-1,14, dito 47-49 Kg. per prompt M. 1,15-1,15,50, Donsk 45-47 Kg. per prompt M. 0,00-0,00, dito 50-51 Kg. per Jan. M. 0,00-0,00, Amerikaner Glipod wies 30 Pfd. per Mailand-0,00-0,00, La Plata 46-47 Kg. p. Jan.-Febr. M. 1,05-1,06,50.

Kartoffel-Erzeugnisse.

Berlin, 6. Jan. Der Verkehr in Kartoffelabriken war während der Pause, welche die Feiertage sowie die Jahreswende demselben auferlegten, wie alljährlich um diese Zeit sehr ruhig, und es sind absolut keine neuen Momente in die Erscheinung getreten, die geeignet wären, bestehende Werte oder die bisherige Entwicklung der Marktlage zu beeinflussen.

Es herrscht weiter feierliche Ruhe im Geschäft, welche durch die eingetretenen Schneeverwehungen und damit verbundene Schwierigkeiten der Transportverhältnisse noch erhöht wird. Alles in allem ist jedoch zu berücksichtigen, daß das gegenwärtige Preisniveau für Fabrikate sehr gedrückt ist und die weitere Beschaffung von Rohmaterial zu nutzbringender Verarbeitung recht ungewiß erscheint, somit, nachdem die durch Föhnwind entstandenen Schäden bei den eingemieteten Kartoffeln sich erst überblicken lassen werden, hierdurch eine günstigere Beurteilung und gesunde Entwicklung möglich sein dürfte.

Die holländischen Preise bröckelten zwischenzeitlich weiter ab, namentlich für baldige Abnahme. Zu notieren ist frei Berlin: Kartoffelstärke und Kartoffelmehl, trockene, superior M. 19,25-19,75, prima M. 18,75-19,25, sekunda M. —, tercia M. —, Bonbonsyrup, 44° M. 23,75-24,25; Capillarsyrup, 44° weiß M. 23,25-23,75; 42° weiß M. 22,25-22,75; Stärkesyrup, prima halbweiß M. 21,25-21,75; Capillarsyrup, weiß M. 22,25 bis 22,75, Dextrin, superior, gelb und weiß M. 25,50-26, do. prima, gelb und weiß M. 25-25,50 Zu notieren fob. Stettin: Kartoffelstärke und Kartoffelmehl, superior M. 19-19,50, do. prima M. 18,50-19.

Mannheimer Effektenbörse.

(Offizieller Bericht.)

Die Börse war fest. Von Banken waren höher: Pfälz. Hypothekbank Cons. 190 G., Rhein. Hypothekbank 194 G. und Süddeutsche Disconto-Ges. Aktien 116 G. Von Industrie-Aktien blieben gefragt: Seilindustrie zu 115 Prozent, Zementwerke Heidelberg zu 152 Prozent und Zuckerfabrik Waghäusel bei 211,50 Prozent.

Letzte Handelsnachrichten.

Nürnberg, 8. Jan. Die heutige Generalversammlung der Elektrizitäts A.-G. v. Schuckert & Co. setzte h. Frkt. Ztg. die Dividende wieder auf 9 Prozent fest. Auf die Anfrage aus der Mitte der Versammlung erklärte der Generaldirektor, daß die Verkaufspreise in der Elektrizitätsindustrie nicht die wünschenswerte Höhe hätten, sodaß also im Verhältnis zum Umsatz nicht genügend verdient werde. In Bezug auf die allgemeine Geschäftslage verwies er auf den Geschäftsbericht der Siemens-Schuckertwerke, wonach auf eine Abschwächung der Konjunktur eine lebhaftere Nachfrage sich bemerkbar machte. Diese habe auch bis heute erfreulicherweise an und es bestehe alle Aussicht, daß es nicht schlechter werden dürfte.

r. Köln, 8. Jan. (Priv.-Tel.) Der bekannte Aktionär Karl Welcker hat gegen die Beschlüsse der Generalversammlung des Rheinischen Aktienvereins für Zuckerfabrikation in Köln einen Prozeß angestrengt. Er

beantragt, diese Beschlüsse jedenfalls insoweit für null und nichtig zu erklären, als dadurch der Rheinische Aktienverein mit den Kosten der auf Veranlassung des Vorstandes und Aufsichtsrates von der Deutschen Treuhändergesellschaft in Berlin vorgenommenen Bilanzprüfung belastet worden ist und als weiterhin dem Aufsichtsrat Tantiemen von der Tantieme des Vorstandes zugewilligt worden ist. Ein gerichtlicher Termin ist bereits festgesetzt.

w. Mergentheim, 8. Jan. Bei der gestrigen Generalversammlung der Süddeutschen Volksbank erstattete der Aufsichtsrat und Liquidator Bericht. Die von dem Liquidator aufgestellte Bilanz auf 13. Oktober 1913 weist eine Liquidationsmasse von 93 000 M. auf. Diese Bilanz wurde von der Generalversammlung einstimmig angenommen. Der Bericht des Liquidators besagt u. a., daß sich unter den Ausständen etwa 850 000 M. befinden, die teilweise vollständig uneinbringlich sind. Es wird noch geraume Zeit anstehen, bis die verschiedenen Konkurse und Prozesse abgewickelt sind und sich ein genaues Bild der tatsächlichen Verluste ergeben wird. Der Liquidator sprach die Hoffnung aus, daß von den zweifelhaften Ausständen mehr als angenommen eingehen werden. Unter den Passiven sind alle an die Gesellschafter gemachten, wenn auch zweifelhaften Ansprüche eingestellt. Die Erhebungen von Regressansprüchen an die Mitglieder des früheren Aufsichtsrats und an die Gründer sind Sache eingehender Untersuchung. Als Grundlage für die Festsetzung des Wehrbeitrages können 90 Prozent pro Mille angenommen werden.

c. Bingen, 8. Jan. (Priv.-Tel.) Der von den Viehhändlern über den hessischen Viehmarkt verhängten Boykott ist nunmehr aufgehoben worden. Vom Kreisamt Bingen ist eine Verfügung erlassen worden, nach welcher das Vieh vor dem Abtrieb vom Marke auch für Hessen keiner Beobachtung unterzogen zu werden braucht. Dies war die Hauptforderung der Viehhändler.

Halle a. S., 8. Jan. Das neugegründete Mitteldeutsche Zementsyndikat in Halle beschloß, die Anhaltischen Portland-Zement- und Kalkwerke A.-G. in Nienburg a. Saale anzukaufen und das Werk still zu legen. Die Verhandlungen stehen h. Frkt. Ztg. vor dem Abschluß. Ferner werden auf Veranlassung des neuen Syndikats die jüngst gekündigten Portland-Zementwerke Anhalt A.-G. in Nienburg, welche daselbst eine Fabrik planten, vom Fabrikbau abstecken.

r. Neu-Beckum, 8. Jan. (Priv.-Tel.) Die Westfälische Maschinenbau-Industrie Gustav Moll u. Co. A.-G. in Neu-Beckum hat von ersten Schiffsbauwerken bedeutende Aufträge auf Lieferung von Apparaten zur Heizung von Schiffskesseln mit flüssigem Brennstoff (Oelkerzen) erhalten und zwar für verschiedene Kreuzer und Torpedoboote der deutschen und auch der russischen Marine. Die Aufträge sollen den Umfang von 1,4 Mill. Mark haben.

w. Hamburg, 8. Jan. Der Aufsichtsrat der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft beschloß 14 Prozent Dividende bei noch reichlicheren Abschreibungen und den gleichen Rückstellungen wie im Vorjahre vorzuschlagen.

Paris, 8. Jan. Der mexikanische Wechselkurs wird mit 1,95-1,97 pro Peso gemeldet. Die seit Monatschluß eingetretene Besserung ist h. Frkt. Ztg. darauf zurückzuführen, daß von Mexiko aus im letzten Monat bedeutende Effektenverkäufe nach Europa vorgenommen worden waren und über die daraus resultierenden Guthaben verfügt worden ist.

w. London, 8. Jan. Nach dem amtlichen Handelsausweis erfuhr im Dezember 1913 die Einfuhr eine Abnahme von 2 950 051 Pfund Sterling. Die Ausfuhr eine Zunahme von 1 867 862 Pfund Sterling gegenüber den gleichen Zeiträume des Vorjahres.

w. Saloniki, 8. Jan. (Wien, Korrbur.) Für Neugriechenland wurden vom 3. Januar ab die Zollsätze um 4 Prozent, somit auf 15,15 Prozent erhöht, da die neuen Zollsätze angeblich auf Waren angewendet werden sollten, die bereits vor dem Erlaß der neuen Vorschriften im Zollhause lagerten, stockt der gesamte Großhandel, weil die Kaufleute nicht imstande sind, die Preise festzusetzen.

Newyork, 8. Jan. 15 Schiffe von Argentinien mit Mais sind hierher unterwegs. Der Import seit Abnahme der Tarifbill wird, wie die Frkt. Ztg. meldet, immer stärker, wobei natürlich auch der diesjährige geringe Ertrag der amerikanischen Maisernte eine Rolle spielt.

Schiffahrts-Nachrichten vom Mannheimer Hafenverkehr.

Hafenbezirk Rheinn.
Angekommen am 7. Januar.
„Matikle“, Losen, v. Ruhrort, 8550 dz. Kohlen.
„Gott mit uns“, Bildstein, v. Amsterd., 2500 dz. Chinaclay.
„Convorn“, v. Lachen, v. Rotterd., 1500 dz. Stg.
„Stadt Wertheim“, Uffig, v. Wessling, 5000 dz. Braunkohlenbriketts.
„Sophie“, Raab, v. Duisburg, 6000 dz. Steinkohlen.
„Neumühl“, Bann, v. Ruhrort, 11 000 dz. Kohlen.
„Elise Amalie“, Terjung, v. Mhm., leer.
Vereinigung 29½ Bapp, v. Rotterd., 1040 dz. Kohl.
„Offenbach“, Düng, v. Ruhrort, 5000 dz. Kohlen.
„H. Stinnes 19“, Villmann, v. Ruhrort, 12 500 dz. Steinkohlen.
„H. Stinnes 18“, Maas, v. Dbg., 12 900 dz. Kohlen.
„H. Stinnes 12“, Klein, v. Dbg., 11 100 dz. Kohlen.

Verantwortlich:
Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum;
für Kunst und Feuilleton: I. V. I.
Dr. Fritz Goldenbaum;
für Lokales, Provinziales und Gerichtszeitung:
Richard Schöfeller;
für den Handelsteil: Dr. Adolf Agthe.
für den Inseratenteil und Geschäftliche:
Fritz Joos;
Druck und Verlag der
Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.
Direktor: Ernst Müller.

Kurszettel des „Mannheimer General-Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten“.

Inländische Effektenbörsen.

Table with columns for 'Pfandbriefe', 'Obligations', 'Aktien', and 'Banken'. Lists various financial instruments and their market values.

Bergwerksaktien.

Table listing various mining stocks (Bergwerksaktien) and their prices.

(Anfangskurse.)

Table showing opening market prices (Anfangskurse) for various commodities and securities.

Paris, 8. Jan. (Schlußkurse.)

Table showing closing market prices (Schlußkurse) from Paris.

Berlin, 8. Jan. (Schlußkurse.)

Table showing closing market prices (Schlußkurse) from Berlin.

Amsterdam, 8. Jan. (Schlußkurse.)

Table showing closing market prices (Schlußkurse) from Amsterdam.

Schlusskurse.

Table listing closing market prices (Schlusskurse) for various securities.

Ausländische Effektenbörsen.

Table listing foreign market prices (Ausländische Effektenbörsen) for various countries.

Produktenbörsen.

Table listing commodity market prices (Produktenbörsen) for various goods.

Wien, 8. Jan. (Anfangskurse.)

Table showing opening market prices (Anfangskurse) from Vienna.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table listing bank and insurance stocks (Bank- und Versicherungs-Aktien).

Paris, 8. Jan. (Anfangskurse.)

Table showing opening market prices (Anfangskurse) from Paris.

Antwerpen, 8. Jan. (Anfangskurse.)

Table showing opening market prices (Anfangskurse) from Antwerp.

Wien, 8. Jan. (Anfangskurse.)

Table showing opening market prices (Anfangskurse) from Vienna.

Gerichtszeitung.

§ Mannheim, 7. Jan. Strafkammer IV. Def.: Landgerichtsdirektor Wischer. Das Dienstmädchen Hedwig Dorn hat sich in Redaran einen Selbstmord von 5 RM, und in der Redaktionsredaktion von Schulmutter Weig ein Paar Schuhe erkrankt, ferner in Bierheim-Bierheim Schuhe und Kleider im Werte von 17 RM gestohlen. Die Angeklagte wird wegen ihrer zahlreichen Verbrechen in einem Jahresstrafe nach Gefängnis verurteilt.

einem Revolver ab, von denen einer den 30 Jahre alten Arbeiter Jakob Friedrich in den linken Unterschenkel schwer verwundet. Friedrich war neun Wochen in ärztlicher Behandlung. Der Angeklagte bekunnt, nicht geschossen zu haben, doch ist er von einem der Jurysen genau erkannt worden. Holz, der schon schwere Strafen hinter sich hat - auch im Justizhaus ist er schon gewesen - war vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Diese Strafe erbrachte nach Ansicht des Staatsanwalts weder der Tat noch der Beschaffenheit des Angeklagten. Er legte Berufung ein und die Strafkammer fand sie begründet. Die Strafe wurde auf ein Jahr erhöht.

§ 13er und Sedenheim, der in gemeinsamer Weise mit jugendlichen Arbeitern unzüchtige Dinge trieb, wurde zu der exemplarischen Strafe von einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt und ihm die Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt. Das Richteramt kann mitunter zu blutigen Kopfnüssen führen, wie der Arbeiter Nikolaus Meyer in Schwesingen erfahren wurde. Meyer sprach in einer Wirtshaus in ein Wirtshaus hinein, das ihn nicht anging, und brachte dadurch einen Spieler, den Tagelöhner Gustav Benzler, so in Wut, daß Benzler einen Stuhl ergreifend und ihn Meyer auf den Kopf fallen ließ, so daß dem Meyer das Richteramt beinahe über den Kopf vergangen wäre. Das Schöffengericht

Schwesingen derweilliche Richter zu zwei Monaten Gefängnis. Seine Berufung wurde als unbegründet verworfen. Abgewiesen wurde auch die Berufung des Dienstmädchens Hedwig Dorn, der mit einer vom Schöffengericht Schwesingen gegen ihn ausgesprochenen Strafe von drei Wochen Gefängnis nicht einverstanden war. Er war im August d. J. an einem Streit im 'Oafen' in Altkirchheim beteiligt gewesen, bei dem man dem Tagelöhner Meyer mit dem Biertrug den Schaden eingeklagt hatte. Der Anwalt Paulus der den Schlag tat, ist flüchtig gegangen. Dorn hatte den am Boden Liegenden aber noch mit Füßen getreten. Mit Rücksicht auf diese Robetei fand das Gericht sich nicht veranlaßt, das Urteil des ersten Richters umzuheben, das eine einjährige Gefängnisstrafe betrug.

Nervendarbeit und Nervensubstanz.

(Wochenschrift von Herrn...)



Das geistige, geschäftliche und gefühlvolle Leben unserer Zeit beansprucht eine außergewöhnliche Leistungsfähigkeit der Nerven- und Körperkräfte. Ein Mensch mit überanstrengten, verbrauchten Nerven und Muskeln, ob alt oder jung, leistet nicht das, was seine Fähigkeiten erwarten lassen; er wird nur zu leicht auf allen Gebieten überholt, verliert das Selbstvertrauen und schafft selbst bei eifrigem Willen kein Besondere nur mit Aufbietung eines übermäßigen Kraftverbrauchs, so daß das Leben mit jeder täglichen Leistung vermehrt wird.

Mit ihren feinen Verästelungen, die im Zentralnervensystem — Hirn- und Rückenmark — ihren Ausgangspunkt haben, vermitteln die Nerven jeden inneren und äußeren Lebensvorgang des menschlichen Körpers. Jeder Reiz, der den Körper trifft, die normale oder gestörte

Funktion irgendeines inneren Organs, ja selbst unser feinstes Empfinden wird uns erst durch Vermittlung seiner und feiner Nervenfasern zum Bewußtsein und zum Gefühl gebracht. Der große, starke Muskel wird von dem feinen, feinen Nerv beherrscht, den man deshalb auch mit Recht den psychischen Muskel genannt hat. Der kraftvolle Arm des Athleten leistet nichts mehr, jedes beliebige Organ versagt, sobald seine Nerven irgendwie erschaffen. Der Magen z. B. — er mag im übrigen noch ganz gesund sein — kann nicht mehr die Speisen genügend verdauen, Appetitlosigkeit und alle ihre bösen Folgeerscheinungen treten auf, wenn die Magen- und Darmnerven entkräftet sind. Die Folge ist, daß wir nur mit Mühe, unruhig und mechanisch unsere tägliche Berufsarbeit erledigen, die uns keine Befriedigung gewährt. Nervös überreizt, schwindet unser Appetit, unser Gehirn bietet uns keine Behaglichkeit, Ruhe und Erholung mehr, Unlust, Unzufriedenheit, Unruhe, Sorgen tauben uns den Schlaf, treiben uns unselbst über und lassen uns notgedrungen zu bedenklichen Mitteln greifen, um unsere Nerven künstlich für kurze Zeit aufzupeitschen oder zu betäuben. Gegen dieses Elend, das nur aus unseren verbrauchten Nerven herkommt, finden wir in unseren Medikamenten keine dauernde Hilfe, und eine Methode ständiger wissenschaftlich erprobter Pflege der Nerven, welche allein

wirklich helfen könnte, war bisher noch nicht gefunden. Darin liegt aber das Verdienst der Arbeiten von Professor Dr. Habermann, daß er uns ein Mittel zu einer solchen Pflege unserer Nerven an die Hand gab, mit dem wir hoffen dürfen, unsere Nerven — die feinsten Muskeln — in absehbarer Zeit ebenso kräftigen zu können, wie wir unsere physischen Muskeln schon längst zu fühlen vermögen! — Dieser Forscher stellte nach einem neuen, von ihm entdeckten Verfahren Nervensubstanz, welche auch Veribin genannt wird, in physiologisch reiner Form dar. Nach den Forderungen unserer Physiologen und Ärzte ist die erhöhte Zufuhr von Nervensubstanz in den Organismus von außerordentlicher Bedeutung für jede gesunde Lebensfähigkeit. Denn auch in den Nerven findet ein Stoffwechsel, fortwährender Verbrauch und Erneuerung der Nervensubstanz statt. In dem ermüdeten, schwachen oder kranken Nerv schwindet die Nervensubstanz, wie man es am Querschnitt der Nerven unter dem Mikroskop deutlich beobachten kann. Führt man einem so geschwächten Körper neue Nervensubstanz zu, so wird diese besonders im Gehirn, Rückenmark, überhaupt im ganzen Nervensystem zurückgehalten und für den Lebensprozeß sofort verwendet. Munterheit, Kraft, Arbeits- und Lebensfreude treten wieder ein und machen den Körper gegen Ueberanstrengung widerstandsfähig.

Nervensubstanz-Veribin in physiologisch reiner Form nach dem patentierten Verfahren von Prof. Dr. Habermann gelangt in Biocitin zur praktischen Darreichung. Biocitin ist daher ein vertrauenswürdiges Nähr- und Kräftigungsmittel für jeden erschöpften Organismus in geistiger und körperlicher Hinsicht; es bildet für den Schwerverkranken ein gern genommenes, leicht verdauliches, kräftigendes Nahrungsmittel, schafft eine hochwertige Nährquelle für schwächliche und blutarme Personen, kräftigt und fördert den Substanzenergie der Nerven und ist für Ermüdungs- und Erschöpfungszustände des Körpers wie des Geistes von kaum je gehoffter Nützlichkeit. 13547

Biocitin ist das einzige Präparat, welches 10% physiologisch reines Veribin nach dem patentierten Verfahren von Prof. Dr. Habermann enthält. Wir bitten daher, unbedingt minderwertige Nachahmungen und Lose abgewogenes Präparat zurückzuweisen. Biocitin ist nur in Originalpackungen in Apotheken und Drogerien käuflich. Falls nicht erhältlich oder etwas anderes angeboten wird, wende man sich direkt an uns. Der Versand erfolgt ohne Berechnung von Porto und Verpackungspfesen. Ein Geschmacksverlust nebst einer populär-wissenschaftlichen Abhandlung über rationelle Nervensubstanzzufuhr findet auf Wunsch kostenlos die Biocitin-Fabrik, Berlin S. 61/68.

Frankl & Kirdner
Tel. 220 P 7, 24 Tel. 6914

Elektr. Koch- und Heiz-Apparate für Haushalt- und Industriezwecke.

Liederhalle Mannheim E. V.
Samstag, den 17. Januar 1914, abends 8 Uhr im Saale des Friedrichspark

Masken-Ball
wozu wir unsere Mitglieder nebst Angehörige höflich einladen.
Vorschläge für Einzuleitende sind an den Balltag-Abenden im Lokal Eichbaum einzureichen, woselbst auch die Karten in Empfang zu nehmen sind.
NB. Der Zutritt ist nur in Maske oder Ballanzug gestattet.

Für die vielen Aufmerksamkeiten, die uns anlässlich unserer „Silbernen Hochzeit“ zu teil geworden sind, sagen herzlich Dank.
Joh. Friedrich Wolff, Privatmann u. Frau Jakobine geb. Wellenreuther.

Detektiv-Privatbureau „Argus“
Institut und
Mannheim, O 6, 6 (Panken), Tel. 3905.
A. Haier & Co., G. m. b. H.

Haier-Lieferung.
Auf dem Schiffswege bezogen wir die Lieferung von 1000 Ztr. prima Haier ganz oder geteilt, lieferbar nach unserer Wahl, für Compagniebetrieb.

Carl Jost
Theater-Garderobe- u. Masken-Verleih-Anstalt N 2, 7 Mannheim Kunststrasse
hält sich den verehrl. Vereinen u. Gesellschaften bei Theateraufführungen u. dgl. bestens empfohlen. Neuanfertigung von Masken und Kostümen jeder Art bei billigster Berechnung.

Urbach's Nachf.
D 3, 8 I. Tel. 3868 D 3, 8 I.
Ball- und Gesellschaftsfrisuren
In und ausser dem Hause.
Modern. Individuell.
Nur Damenbedienung.
Bäder. 86177 Bäder.

Herren-Stoffe
zu Anzügen u. Damen-Kostümen geeignet, stets in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
38771 Neu eingetroffen: Ein Posten 150 cm breite Herren-Stoffe in hochfeinen Qualitäten jeder Mtr. nur Mk. 6.—

August Weiss
F 1, 10 Mannheim F 1, 10 gegenüber dem Warenhaus S. Wronker & Co.

Keine graue Haare
mehr beim Gebrauch von Perfekt selbigen macht 20 Jahre jünger.
Erfolg garantiert. Niemand kann es sehen. Bei Nichterfolg Geld zurück. Flasche Mk. 1.50. Versand auswärts per Nachnahme. Nur zu haben bei 22935
K. Hilgers
Mannheim
Friedrichsplatz 17, 1 Tr. vom Wasserturm links, direkt neb. d. Arkadenhof. Telefon 581 und bei Leo Trosch, Parfümerie en gros D 1, 1.

Gebrauchte und zurückgesetzte Lampen und Lüster
für Gas und elektrisches Licht werden um jeden annehmbaren Preis abgegeben.
L. 6. 11. Peter Bucher L. 6. 11.

Schützen-Gesellschaft Mannheim E. V.
Samstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr
In den Gesellschaftsräumen der Liedertafel

Abendunterhaltung mit Tanz
wozu wir unsere verehrl. Mitglieder nebst Familien-Angehörigen freundlichst einladen.
88536
Der Vorstand.

Brillantringe
Feine Broschen — Anhänger — Nadeln
empfehle sehr billig
0 7, 15 R. Apel Tel. 3548
Laden, Heidelbergerstrasse 34128
Werkstätte für Juwelen und Goldwaren.

Trauringe
D. R. P. — ohne Lötlage
kaufen Sie nach Gewicht am billigsten bei
C. Fesemeyer
P 1, 3 Breitestrasse P 1, 3
Jeden Brautpaar erhält eine geschnittene Schwarzweilber für gratis

Grössere Partien
Tapeten
(Gelegenheitskäufe), ebenso Restpartien werden bis zu 50% unter dem realen Wert abgegeben. 81068
A. Wihler
E 2, 4/5. Tel. 676. E 2, 4/5.

Am 12. u. 13. Januar
Ziehung der I. Klasse
der
Preuß.-Süddeutsch. Klassenlotterie
bestehend aus
425 000 Stamm- u. 20 000 Freilosn mit 214 000 Gewinnen und 2 Prämien in 5 Klassen.
In der ersten Klasse kommen u. A. zur Auspielung
2 Gewinne zu Mark 50 000.—
2 „ „ „ 30 000.—
2 „ „ „ 10 000.—
2 „ „ „ 5 000.—
2 „ „ „ 3 000.—
Insgesamt 10 000 Gewinne.
1/2 Los 1/4 Los 1/8 Los 1/16 Los
M 5.— M. 10.— M. 20.— M. 40.— p. Kl.
Anteiliger Spielplan kostenlos.
Becker, G 2, 2 Gutjahr, B 6, 25
Tel. 740. Tel. 1985.
Herzberger, O 6, 5.
Tel. 6489
Grossh. Bad. Lottereeinnehmer.

Preussische Pfandbrief-Bank.
Von den im vergangenen Jahre an den Börsen zu Berlin und Frankfurt a. M. eingeführten 30,000,000.— 4%iger Hypothek-Pfandbriefe, Ser. XXXII und XXXIII, nicht rückzahlbar vor 1. Januar 1923, deren Verzugsabgabe entsprechend der Zunahme an gesetzlich unterliegenden Hypotheken prospectmäßig erfolgen soll und von denen bisher ca. 12,000,000.— veranlagt sind, sollen nunmehr weitere 30,000,000.— vorbezeichnete Pfandbriefe freischuldig begeben werden. Diese Pfandbriefe können bei der Bank selbst sowie an allen deutschen Plätzen durch Vermittlung der Banken und Bankfirmen zum jeweiligen Tageskurs — zurzeit ca. 94 1/2% — in der üblichen Forderung begeben werden.
Die Pfandbriefe sind Lombardfähig bei der Reichsbank und bei anderen Finanzinstituten der deutschen Bundesstaaten. Sie können verwendet werden als Sicherungsmittel bei den Verwaltungen deutscher Staaten, preussischer Provinzen und der größeren Städte des Reichs. Sie sind zugelassen zur Verlegung von Gehaltsanstellungen für Offiziere.
Die Bank untersteht der Aufsicht der Preussischen Staatsregierung. Umfahnpapiere sind veranlagt 30,000,000.—, Darlehen gewährt 30,000,000.— Das Aktienkapital beträgt 24,000,000.—, die Reservefonds 12,000,000.— Die Dividende der letzten Jahre war 8% für das zu Ende gehende Geschäftsjahr nebst die gleiche Dividende in Aussicht.
Berlin, im Dezember 1913. 84717

Preussische Pfandbrief-Bank
Dannenbaum. Gortan.
M. Eichersheimer, Mannheim-Rheinauhafen.
Telephon 440 und 1018.

Die Rekord-Riemenscheibe
D. R. P.
ist d. beste Ersatz f. d. eisernen Riemenscheibe
Lager in allen gaub. Grössen.
Alleinverkauf für Baden und Pfalz
Gross-Lager i. mod. Transmissionen
mit und ohne Ringschmierung 38870
Kuppeln, gedr. Stahlwellen Stoßlag.
Uebernahme kompl. Transmissionen.

Ruhrkohlen u. Koks
deutsche und englische Anthrazit
in bester Qualität liefern zu billigsten Preisen franco Haus
August & Emil Nieten
Kontor: Luisenring J 7, 19, Teleph. 217
Lager: Fruchtbahnstrasse 22/35, Teleph. 7353.

Zwangsversteigerung.
Dienstag, 12. Jan. 1914, vormittags 9 Uhr, versteigern wir im Saale der Versteigerung Reduktion 4 absonderliche Hengstbäder. Mannheim, 7. Jan. 1914. Stadt-Verwaltung. 2 268. 2600

Kaufmännischer Verein
Mannheim (E. V.)
Donnerstag, 8. Jan. 1914 abends 8 1/2 Uhr
im Saale d. Berghardshofes
Vortrag
des Herrn Direktor Dr. Ernst Jachb. Berlin
„Eine Forschungsreise durch Albanien“
(mit Lichtbildern).
Mitglieder und Inhaberinnen von Dauerkarten können reservierte Plätze à Mk. 0.50 erhalten.
Karten für reservierte Plätze sind nur auf unserem Bureau C 1, 16/17 erhältlich. 66
Tageskarten à M. L.— für nichtreservierte Plätze sind zu haben: in unserem Bureau, bei K. F. Beckel, im Verkehrs-Verein, bei Brockhoff & Schwalbe, A. Doncker, sowie bei Eduard Theile in Ludwigshafen a. Rh.
Die verehrlichen Damen werden höflich ersucht, die Plätze abzunehmen.
Die Karten sind am Saaleingang vorzulegen. Die Tageskarten sind abzugeben.
Die Saal Türen werden punkt 8 1/2 Uhr geschlossen. Ohne Karte hat niemand Zutritt.
Der Vorstand.

Zwangsversteigerung.
Dienstag, 12. Jan. 1914, vormittags 9 Uhr, versteigern wir im Saale der Versteigerung Reduktion 4 absonderliche Hengstbäder. Mannheim, 7. Jan. 1914. Stadt-Verwaltung. 2 268. 2600

Zwangsversteigerung.
Dienstag, 12. Jan. 1914, vormittags 9 Uhr, versteigern wir im Saale der Versteigerung Reduktion 4 absonderliche Hengstbäder. Mannheim, 7. Jan. 1914. Stadt-Verwaltung. 2 268. 2600

Zwangsversteigerung.
Dienstag, 12. Jan. 1914, vormittags 9 Uhr, versteigern wir im Saale der Versteigerung Reduktion 4 absonderliche Hengstbäder. Mannheim, 7. Jan. 1914. Stadt-Verwaltung. 2 268. 2600

